Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 172 (2006)

Heft: 7-8

Anhang: Armeereform in der Beschleunigungsfalle : Ein Aufruf zu mehr strategischem Denken

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Beilage zu PM 308
Jg. 172: Nr. 7/8 (2006: Juli)

sifa
SICHERHEIT FÜR ALLE

Divisionär aD Hans Bachofner

Armeereform in der Beschleunigungsfalle

Ein Aufruf zu mehr strategischem Denken

SIFA-BROSCHÜRE NR. 1

Landesverteidigung

Die Position der sifa

Ja zur bewaffneten Neutralität

Aufgabe unseres Landes und unserer Regierung ist es, den Schutz und die Sicherheit von Land und Bevölkerung zu gewährleisten. Dies wird nur mit konsequenter Neutralitätspolitik erreicht, die jegliche Annäherung an ein Bündnis mit Interventionsabsichten vermeidet.

Nein zur internationalen Einbindung

Die Schweiz darf sich an keinen Einsätzen beteiligen, die sie in internationale Konflikte verstricken könnten.

Ja zu einer zeitgemässen Ausbildung

Dem Milizkader muss wieder die volle Verantwortung für die Ausbildung übertragen werden. Ausbildungsverantwortung und Führungsverantwortung im Einsatz sind unteilbar. Unterstützt von motivierten, erstklassigen Instruktoren hat das Milizkader eine professionelle, allen Ansprüchen genügende Ausbildung zu garantieren.

Ja zum Verteidigungs-Auftrag

Die Verteidigung der inneren und äusseren Sicherheit des Landes ist der Hauptauftrag unserer Armee. Dieser Auftrag ist zu erfüllen – auch gegenüber aktuellen Bedrohungen terroristischen Charakters.

Übungen statt Organigramm-Orgien

Die Bewältigung terroristischer Anschläge muss zur Grundausbildung der Armee gehören und intensiv geübt werden. Die Armee muss befähigt werden, mit ausreichenden Beständen die zivilen Behörden bei der Bewältigung terroristischer Anschläge wirksam zu unterstützen.

Ja zum bewährten Milizsystem

Das schweizerische Staatssystem fusst auf dem Milizprinzip. Die Miliz ist die Urkraft einer freien Schweiz. So ist auch die ganz auf ihren Verteidigungsauftrag konzentrierte Schweizer Armee auf der Grundlage des Milizprinzips und der Allgemeinen Wehrpflicht organisiert.

ETH-ZÜRICH
31. Juli 2006
BIBLIOTHEK

Divisionär aD Hans Bachofner

Armeereform in der Beschleunigungsfalle

Ein Aufruf zu mehr strategischem Denken

Erweiterte Fassung eines am 28. Januar 2006
in Aarau an der sifa-Wintertagung zur Sicherheitspolitik
gehaltenen Vortrags

sifa
SICHERHEIT FÜR ALLE

Aktion gegen Kriminalität

Postfach 13, 8416 Flaach
www.sifa-schweiz.ch – info@sifa-schweiz.ch
PC-Konto 87-370818-2

Vorstand: Ulrich Schlüer, Nationalrat, Flaach ZH (Präs.); Eric Bonjour, Député au grand Conseil, Noville VD, Andreas Glarner, Grossrat, Oberwil-Lieli AG; Jeannine Grünenfelder, Wangs SG; Dieter Hierholzer, Zürich; Jasmin Hutter, Nationalrätin, Altstätten SG; Felix Müri, Nationalrat, Emmenbrücke LU; Yvan Perrin, Conseiller national, La Côte-aux-Fées NE; Marcel Schenker, Kantonsrat, Homburg TG; Christian Schmid, Niederried BE; Angela Strebel, Winterthur ZH.

Ich interessiere mich für die sifa

Name .....

Vorname .....

Strasse/Nr. .....

PLZ/Ort .....

E-Mail .....

☐ Ich werde Mitglied der sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE (Jahresbeitrag mindestens Fr. 20.–)

☐ Ich interessiere mich für die sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE und erwarte unverbindlich Unterlagen

☐ Zum Verteilen bei Bekannten wünsche ich die Zustellung von .....Expl. der Broschüre «Armeereform in der Beschleunigungsfalle» (kostenlos)

Ausschneiden oder kopieren und einsenden an:

sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE
Postfach 23, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00 – Fax 052 301 31 03
E-Mail: info@sifa-schweiz.ch

sifa – Sicherheit für alle:

- kompromisslos für Sicherheit
- kompromisslos gegen Kriminalität
- kompromisslos für eine starke Schweizer Armee

sifa

SICHERHEIT FÜR ALLE – Aktion gegen Kriminalität
Postfach 13, 8416 Flaach

Telefon 052 301 31 00 – Fax 052 301 31 03
www.sifa-schweiz.ch – info@sifa-schweiz.ch

PC-Konto 87-370818-2

Inhaltsverzeichnis

Am rutschenden Hang 3

Bewegung im strategischen Denken 5
Frankreich: Innere Sicherheit und Nukleardoktrin 5
Deutschland: Ein neuer Begriff der Verteidigung 5
USA: Quadrennial Defense Review QDR 6
USA: Nationale Sicherheitsstrategie 2006, NSS 2006 7
Nato im Wandel 8
Uno: Mehr Blauhelme denn je 9
Schweiz: Hasjaxeit-Strategie 9

Zwei Szenarien 11
Szenario 1: Der Dritte Weltkrieg 11
Szenario 2: Das Ende des unipolaren Moments 14

Vom Nutzen militärischer Gewalt 16

Strategisches Denken: Wissen erwerben, selber denken, üben 19

Wegweiser zu einer strategischen Doktrin 21
Wegweiser 1: Ein realistisches Weltbild 21
Wegweiser 2: Ein realistisches Bedrohungsbild 21
Wegweiser 3: Ein realistisches Soldatenbild 22
Wegweiser 4: Unabhängigkeit 23
Wegweiser 5: Neutralität 24
Wegweiser 6: Selbstverantwortung 24

Schlussbemerkung: 26
Nicht auf den taktischen, auch nicht auf den operativen Erfolg kommt es an, sondern darauf, die strategischen Ziele zu erreichen.

Literaturhinweise 28

Hans Bachofner, Divisonär aD

Am rutschenden Hang

Dynamik und Beschleunigung sind Wesensmerkmale der Moderne. Die Gegenwart schrumpft, Erfahrungs- und Erwartungshorizonte verkürzen sich, Planungssicherheit fehlt. Ob Technik, Lebenstempo oder sozialer Wandel, ob Alltag in der Familie, ob Beruf oder Politik: in immer kürzeren Zeiteinheiten müssen wir uns umstellen. Das Militär, während Jahrhunderten Beschleuniger par excellence für technische und politische Entwicklung, sieht sich plötzlich als Bremser. Die Prozesse der Entschlussfassung sind zu langsam geworden, zivile Technikentwicklung hat die Rüstungstechnik in vielen Bereichen überholt, für Fragen der Führungslehre machen Militärs Anleihen bei der Wirtschaft und nicht mehr umgekehrt. Der Krieg selbst hat sich nach atemberaubender Beschleunigung seiner Abläufe zurückgezogen in endlose, blutige Besatzungseinsätze, vom Panzerrollgelände in die bewegungsfeindlichen Strassengewirre der Städte. Der Bewegungskrieg ist zum urbanen Massaker verkommen. Was wir unpräzis als Terrorkrieg bezeichnen, ist ein gewalttätiges Ringen um Zeit, um Entschleunigung. Die Ordnungsmächte sind in Zeitnot und brauchen rasche Erfolge. Die Terroristen dehnen den Konflikt aus, sie suchen Zeitgewinn, sie vermeiden die Entscheidung, sie zermürben den Gegner und nützen ihn ab. Blitzkriege finden Unterstützung, oft Jubel an der Heimatfront. Für Dauer fehlt den modernen westlichen Gesellschaften der lange Atem.

Armeereformen jagen sich. In immer kürzeren Abständen wird reorganisiert und transformiert. Die Truppe kann schon lange nicht mehr folgen. Der Zusammenhalt geht verloren, Zukunftserwartungen oder gar Lebensplanungen sind nicht mehr möglich, flüchtig und mit viel halbverdautem Fachjargon hingeworfene Neuerungen bewähren sich nicht und werden korrigiert, unerwünschte Nebenfolgen nehmen überhand. Selbst die Schweizer Armee, die sich einst den Luxus leistete, nicht jeder Modetorheit nachzurennen und lieber mit etwas Verspätung das Richtige zu tun, steckt jetzt in der Beschleunigungsfalle. Eine tiefe Sinnkrise bahnt sich an, heftig bestritten von den Verantwortlichen, angemahnt von aussen oder auch quittiert mit Abwendung und Desinteresse. Die Armee steht auf einem rutschenden Hang und nimmt es nicht wahr. Soziologen nennen den Fall *«Slipping Slope-Syndrom»*. Die hohe Kunst des Ausbalancierens von Beharrung und Wandel ist auf politischer wie auf militärischer Ebene verloren gegangen. Wo der beschleunigte Wandel abhebt und zum Selbstläufer wird, erodieren Institutionen von innen. Wenn das Ausbalancieren weltweit nicht gelingt, droht weit mehr als militärisches Ungemach. Es drohen in einem Akzelerationszirkel globale Seuchen, nukleare und klimatische Katastrophen und eskalierende Gewalt auf Abruf rund um den Globus.

Die Armee ist nicht allein in ihrer Beschleunigungsfalle, aber das ist kein Trost. Sie kann nicht warten, bis die Welt die Irrungen der Postmoderne überwindet. Sie kann die Augen verschliessen und weiterfahren mit immer schnelleren Reformen und sich selber täuschen mit dem Schlagwort von der «lernenden Organisation». Oder sie kann unten beginnen mit Korrekturen links und rechts: eine

luftbewegliche Berufsgrenadierkompanie bilden, Nato-Stabsübungen in der Schweiz durchführen, in Generalstabsschulen englischsprachige Klassen bilden, fremdes Lehrpersonal holen, auf verödeten ausländischen Waffenplätzen das gestrige Gefecht der verbundenen Waffen im scharfen Schuss üben (mit Phantasie-Annahmen über eigene Luftüberlegenheit, unter Ausblendung von Fernwaffen, Aufklärungs- und Kampfdrohnen, elektronischer Kriegführung und *special forces*). Sie kann neue Uniformabzeichen einführen und Sanitätsmaterial verschenken, sie kann in mühseligem *Pidgin-English* militärisches Denken und Reden nach amerikanischen Vorgaben trainieren, den Lohn der fehlenden Instruktoren anheben, sie kann noch einmal fünfzig Jahre lang Offiziere zur Ablösung in die längst obsolete Waffenstillstandskommission in Korea schicken, sie kann weitere Helikopter auf dem Balkan stationieren, um bequeme Offiziere in Taxiflügen zu Rapporten zu fliegen und ihnen so die holprigen Strassenfahrten zu ersparen und noch viel mehr. Aber so wird sie der Beschleunigung nicht Herr. Im Gegenteil: Zielloser Aktivismus fördert das Gefühl, auf rutschendem Hang zu stehen.

Sie kann oben anfangen beim Dach über dem Gebäude aller Sicherheit vor Gewalt, der richtigen **strategischen Doktrin**. Wenn sich die Machtordnung der Welt und das Kriegsbild in beschleunigtem Tempo verändern, dann muss eine neue Strategie gefunden werden. Nicht, weil die alte falsch war, sondern weil sich das Umfeld veränderte, weil der Hang ins Rutschen geraten ist. Erste Aufgabe für politische und militärische Führer, die derzeit für einige Jahre Verantwortung tragen für Land und Armee, ist es, Beharrung und Beschleunigung ins Gleichgewicht zu bringen, die Neuerer wieder zu synchronisieren mit der Realität der Truppe, den inneren Erosionsprozess aufzuhalten. Wir brauchen eine dem Umbruch der geopolitischen Ordnung nach dem misslungenen Irak-Krieg angepasste, realistische strategische Doktrin, aus der sich das Personelle, Organisatorische, Ausbildungstechnische, Materielle, Bauliche, Finanzielle in sauberen Schritten ableiten lässt. Armeen sind keine Computerprogramme, die man mit *updates* beliebig verändern kann, sondern hochkomplexe, menschliche Systeme mit millionenfachen Verknüpfungen nach innen und aussen, mit Vertrauensverhältnissen, Wissen und Können, Vorstellungen, Erfahrungen, Begriffen und Assoziationen, Traditionen und Kulturen. Wer sich anmasst, in grossem Wurf alles neu schaffen zu können, zerstört solche Systeme, ohne funktionstüchtige neue zu errichten.

Die folgenden Bemerkungen verstehen sich als Beitrag zu einer Annäherung von oben. Wir werfen einen Blick auf aktuelle Strategiedebatten , skizzieren zwei mögliche Szenarien, fragen nach dem Nutzen militärischer Gewalt in zunehmend entstaatlichten Kriegen und stellen einige Wegweiser auf, die auf dem Weg zu einer schweizerischen strategischen Doktrin beachtet werden sollten.

Bewegung im strategischen Denken

Frankreich:

Innere Sicherheit und Nukleardoktrin

Staatspräsident und Regierungschef kündigten eine neue französische Antiterrorstrategie an. In einjähriger interministerieller Zusammenarbeit entstanden ein Weissbuch über die innere Sicherheit und eine Nukleardoktrin. Bedrohungsanalysen, Terrorszenarien und vorbehaltene Entschlüsse werden vorgelegt. Strategische Überraschung sei jederzeit möglich, auch wenn zur Zeit keine direkte Bedrohung erkennbar sei. Frankreich sei entschlossen, auch mit Atomwaffen zuzuschlagen, und werde bei begründetem Verdacht auf geplante Anschläge nicht vor militärischen Präventivschlägen zurückschrecken. *«Du fort au fou»* ist das neue Schlagwort für Nukleareinsätze (im Kalten Krieg war es *«Du faible au fort»*). Präsident Chirac sprach von vitalen Interessen Frankreichs, die notfalls im Alleingang zu schützen seien. Unterstrichen wird die präsidiale Geste mit dem Aufmarsch eines Flottenverbandes um den nukleargetriebenen Flugzeugträger «Charles de Gaulle» im Indischen Ozean. Gemeinsame Manöver sind vorgesehen mit saudiarabischen Flotteneinheiten, im Persischen Golf mit Formationen der Vereinigten Arabischen Emirate und dem Sultanat Oman. Die Operationsnähe zum Iran ist wohl kaum ganz zufällig.

Deutschland:

Ein neuer Begriff der Verteidigung

Die beiden Vorgänger Scharping und Struck scheiterten mit ihrem Vorhaben, eine zeitgemässe strategische Doktrin zu formulieren. Jetzt versucht es Verteidigungsminister Jung erneut. Weil Terrorangriffe, speziell mit Massenvernichtungswaffen, in ihren Auswirkungen hinter kriegerischen Angriffen traditioneller Art nicht zurückbleiben, ist der Begriff «Verteidigung» neu zu fassen. Terrorabwehr ist Landesverteidigung und dann Sache der Bundeswehr, wenn nur sie über die nötigen Fähigkeiten und Mittel verfügt. Das geplante Weissbuch im Umfang von über 100 Seiten enthält einen Katalog militärisch schützenswerter nationaler Interessen (ungehinderter Welthandel mit besonderem Gewicht auf Rohstoff- und Warenströmen), nennt kritische Infrastrukturen (Atomkraftwerke, Rechenzentren, Staudämme, Flughäfen, Gaspipelines) und weist im Entwurf noch etwas unbestimmt auf eine Zusammenfassung der Institutionen staatlicher Sicherheitsvorsorge – Polizei, Geheimdienste, Militär, Katastrophenschutz – in koordinierenden Schutzzentren hin (Ministerium für Heimatschutz?).

Die Sozialdemokraten signalisieren Widerstand. Sie wähnen sich, wie ihre Schweizer Genossen, in einer ordentlich in innere und äussere Gewalt getrennten Bedrohungswelt und empfinden Horrorgefühle vor einer «Militarisierung des Denkens».

Die Streitkräfte werden in drei Klassen geteilt: **Eingreifkräfte** führen Krieg im Ausland (politisch korrekt : sind zuständig für «friedenserzwingende Massnahmen gegen einen vorwiegend militärisch organisierten Gegner bei möglichst geringen eigenen Verlusten»), **Stabilisierungskräfte** unternehmen «Operationen niedriger und mittlerer Intensität und von längerer Dauer», **Unterstützungskräfte** gewährleisten den Grundbetrieb. Im Inland sind Soldaten gefragt, die man auch im Ausland braucht: ABC-Abwehr, Pioniere, Feldjäger, Aufklärer, Sanität, Lufttransporttruppen.

Die Debatte beginnt erst. Die Schweiz wird von ihrem Verlauf nicht unberührt bleiben.

USA:

Quadrennial Defense Review QDR

Alle vier Jahre hat der US-Verteidigungsminister dem Kongress eine umfassende Prüfung (*«comprehensive examination»*) der nationalen Verteidigungsstrategie, der Streitkräfteorganisation, der Modernisierungspläne, der Infrastruktur, des Budgetplans mit einem Zeithorizont von zwanzig Jahren vorzulegen. Auf über neunzig Seiten wurde eben die vierte QDR ausgeliefert, systematisch im Aufbau, gründlich und offen in der Darstellung. Wenige Tage später folgte die Budget-Eingabe mit praktischen Einzelheiten. In interessierten Kreisen wird die QDR kontrovers diskutiert, es fehlen weder Lob noch Tadel.

Kernbotschaften sind:

Die Welt wechselt vom Zustand des «Kalten Krieges» in einen Zustand des «Langen Krieges». Feindbilder, Kriegsbilder und Bedrohungsbilder sind umzustellen. Es geht nicht mehr um Schlachtenkriege gegen Nationalstaaten, sondern um terroristische Netzwerke, Massenvernichtungswaffen, um robuste Heimatverteidigung und darum, zu verhindern, dass emporstrebende Weltmächte wie China, Indien und Russland zu Feinden der USA werden. Die (schlechten) Erfahrungen aus Afghanistan und dem Irak werden berücksichtigt, die Militärs angewiesen, *«to shift from major conventional combat operations to multiple irregular, asymmetric operations»* und das Hauptaugenmerk weg von Panzern, Flugzeugen, Kanonen und Schiffen auf Wissen und zeitgerechte, praktisch verwendbare Nachrichten zu verlegen. Konkret geht es um die deutliche Aufstockung der Spezialeinheiten, die verdeckt in fremden Ländern operieren sollen, sprachen- und kulturkundig, für psychologische Kriegführung ausgebildet. Das Kommando für *Special Operations* in Tampa soll bis 2007 auf einen Bestand von 60'000 Mann anwachsen. Rumsfeld will die antiterroristische Nachrichtenbeschaffung, die bisher von der CIA betrieben wurde, in eigene Hände nehmen. Kleine *«Military Liaison Elements MLE»* sollen in US-Botschaften rund um die Welt stationiert werden (gelegentlich auch in Hotels ohne Kenntnis des Botschafters, was in Paraguay bereits zu einem tödlichen Zwischenfall führte). Schon heute findet man sie in Botschaften in Afrika, Südostasien und Südamerika. Sie sammeln Informationen, planen aktive Einsätze, unterstützen lokale Ordnungskräfte in ihren Antiterror-Aktivitäten und führen notfalls auch eigene Operationen durch.

Der Zugriff Rumsfelds findet dreifachen Widerstand: überall dort, wo man sich die Einmischung der USA verbittet, weil man Souveränität und Machtmonopol des Staates als tragende Säulen von Weltordnung und Weltfriede betrachtet; dort, wo das Machtgerangel von CIA und Verteidigungsministerium als kontraproduktiv empfunden wird und bei den Trägern des weltweit rasch anwachsenden Zweifels an Rumsfelds strategischer Klugheit. Je tiefer der Irak in einen Bürgerkrieg mit unabsehbaren Folgen versinkt, je mehr die Zahl der Terroristen wächst, je weniger sich ein Ende des Afghanistan-Abenteuers abzeichnet, desto weniger Durchschlagskraft wird die QDR haben. Die mit Scheuklappen im Windschatten von Rumsfelds Transformationsideen segelnden Schweizer Militärplaner sollten aufmerken: ihr Leuchtstern verblasst. Man ahmt nicht ungestraft eine erfolglose Armee nach. Man sehe sich um im *Leavenworth Combined Arms Doctrine Directorate*, wo der Kampf inmitten der Bevölkerung studiert wird, wo der Übergang von der High-Tech-Offensive zur lange dauernden asymmetrischen Operation thematisiert wird, wo vom Feind , der von aussen kommt, zum Feind, der im Innern lebt, gewechselt wird. Eine *Red University* wirkt seit Jahresbeginn. Sie versetzt sich in die Köpfe möglicher Feinde, entwirft Szenarien künftiger Bedrohungen, sorgt für neue Feindbilder in der Ausbildung der Truppe. Vorsicht: hier gibt es nichts abzuschreiben und für Schweizer Reglemente zu übersetzen. Wir bereiten uns nicht auf den nächsten Interventionskrieg vor. Aber wir können von Methode und Ernsthaftigkeit dieser Berufsarmee lernen. Wer in bewohnten Städten kämpfen muss, braucht zu Erziehung und Ausbildung mehr als einige leere Ruinendörfer, in denen man pro Stosstrupp Dutzende scharfer Handgranaten werfen kann. Hat man im VBS den *special report «American Military Tactics»* im *Economist* vom 17. Dezember 2005 gelesen?

Viele Milizoffiziere lesen den Economist und erwarten ein Echo.

USA:

Nationale Sicherheitsstrategie 2006 (NSS 2006)

Wenige Wochen nach der QDR trat das Weisse Haus mit einer *National Security Strategy 2006* vor Kongress, US-Bürger und Weltöffentlichkeit. Es ist noch zu früh, ein endgültiges Urteil über den Irakkrieg zu sprechen. Sicher ist nur eines: hier wurde die Bush-Doktrin des Präventivschlages geprobt, so wie sie in der umstürzend neuen NSS 2002 vorgegeben war. Der Ausgang wird darüber entscheiden, ob Präsident Bush in die Geschichte eingehen wird an der Seite der Präsidenten Roosevelt (Zweiter Weltkrieg) und Reagan (Kalter Krieg) oder an der Seite der Präsidenten Johnson (Vietnam) und Carter (Iran, Botschaftsbesetzung). Die Welt hat allerdings den Stab bereits gebrochen über die strategische Doktrin von 2002. Sie gilt als Faktor der Destabilisierung, als imperialer Auftritt, als verlustreich und viel zu teuer. Dem Präsidenten schlägt ein heftiger Gegenwind ins Gesicht, international und im eigenen Land, sogar in der eigenen Partei. Die NSS 2006 tritt der Kritik entgegen, hält unerschütterlich fest an der Grundlage von 2002 und stützt sich auf zwei Pfeiler: Weltweit sollen Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde verbreitet werden, Tyranneien sollen in funktionierende Demokratien umgewandelt werden und freier Welthandel soll für Wohlfahrt sorgen. Ziel all dieser Anstrengung sind Friede und internationale Stabilität.

Zweite Säule ist der Führungsanspruch der USA. Bush will die Gemeinschaft aller Demokratien der Welt führen. *«America must continue to lead.»* Die fast fünfzig Seiten umfassende NSS 2006 beginnt mit dem pathetischen Ausruf: *«Wir sind im Krieg».* Und fährt fort: *«Diese Strategie spiegelt (reflects) unsere feierlichste Verpflichtung, die Sicherheit des Amerikanischen Volkes zu schützen.»*

Wir haben allen Grund, zu zweifeln an der utopischen Vision, auf Gewehrläufen weltweit Demokratie verbreiten zu können, und an der Vision vom Ende aller Tyranneien. Dass wir als freie Bürger einer freien Nation keine Führungsmacht anerkennen, weder Deutschland in Europa noch die USA in der Welt, sollte als Antwort in einer schweizerischen strategischen Doktrin zu lesen sein. Und auch, dass wir die aktuellen Bedrohungen nicht als Krieg verstehen.

Die NSS 2006 ist eine Langzeitstrategie. Sie will am Anfang stehen einer Arbeit von Generationen. Sie scheut nicht zurück vor Vergleichen mit der Überwindung von Nationalsozialismus und Kommunismus: Eine neue totalitäre Ideologie, diesmal nicht weltlich, sondern in der Perversion einer stolzen Religion begründet, sei zu überwinden. Intoleranz, Mord, Terror, Versklavung und Unterdrückung seien ihre Kennzeichen. Präsident Bush will seine Ziele nicht (mehr) im Alleingang erreichen. Er legt Gewicht auf die Zusammenarbeit mit anderen Machtzentren der Welt. Die Bedrohung mit Massenvernichtungswaffen findet besondere Beachtung. Streitkräftereformen und die Reform der Nato werden auch auf der Stufe der NSS 2006 erwähnt.

Jede Präventions- und Präemtionsstrategie strapaziert die Glaubwürdigkeit. Der Irakkrieg bewies aller Welt, wie sehr sich täuschen kann, wer sich täuschen will. Die heutigen Kriegsgründe sind nachgelieferte Rechtfertigungsgründe.

Grösste Herausforderung bleibt der Iran, gefolgt von Despotien in Nordkorea, Syrien, auf Kuba, in Weissrussland, Burma und Zimbabwe. China und Russland werden gewarnt. Dass Wahlen nicht automatisch zu Demokratien nach US-Muster führen, verschweigt das Papier nicht, und meint damit vor allem Palästina.

Die NSS 2006 setzt also die NSS 2002, welche die strategische Welt verändert hat, fort, um Nuancen verändert. Sie ist fast zu leicht zu kritisieren. Wer sie kritisiert, muss auch Szenarien entwerfen mit anderen denkbaren US-Strategien, dem Rückzug in die Isolation etwa, wie er immer öfter zur Diskussion gestellt wird. Die USA bleiben noch lange stärkste Weltmacht. Ihrer Grösse und Macht wachsen Verpflichtungen zu, die dem Kleinen

fremd sind. Es gibt keinen Grund, ihre Regierung zu idealisieren, aber auch keinen Grund, sie zu verteufeln. Kritisieren ja, aber nicht ignorieren. Die Schweiz muss der NSS 2006 mit einer selbstbewussten eigenständigen Strategischen Doktrin antworten.

Nato im Wandel

«Jeder versteht, was die Nato war. Einige verstehen, was die Nato ist. Kaum jemand versteht, was die Nato sein wird.»

Die treffende Kurzanalyse des Nato-Oberkommandierenden, General James Jones, gilt wohl noch lange. An der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, an der auch der Schweizerische Verteidigungsminister zuhörend anwesend war, trat es überdeutlich zu Tage. Mit klaren Worten forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel eine neue strategische Doktrin. Die letzten strategischen Richtlinien der Nato stammen noch aus einer andern Welt, aus dem Jahre 1999 (dem Jahr der Schlussredaktion des nachdatierten schweizerischen Berichtes 2000 zur Sicherheitspolitik, an dem wir immer noch festkleben). Die Nato engagiert sich bis an ihre Leistungsgrenzen in Afghanistan. Derweil wächst im weiteren Mittleren Osten mit dem Iran im Zentrum eine neue Front heran, aber der Nato fehlen Kapazitäten und Geschlossenheit. An der gleichen Konferenz forderte Donald H. Rumsfeld, die Transformation des Bündnisses sei fortzusetzen und es gelte jetzt *«to encourage Nato to develop an expeditionary culture and capability»*. Die Armeen der Nato und ihrer eingebundenen «Partner» sollen Expeditionsarmeen werden. Afghanistan ist das Lehrstück, Darfur soll folgen. Die Europäer sollen weltweit mitgezogen werden in den «Langen Krieg» der USA. Washington, Paris und London sind in ihrem strategischen Ansehen angeschlagen. Deutschland drängt sich nach vorn. Die Streitkräfte verlieren an Gewicht in den neuen Konfrontationen und Konflikten. Die Fronten wandern ab, von der Mitte Europas in den Mittleren Osten, aus Europa weg nach Asien.

Für die Schweiz ist Vorsicht am Platz. Es gibt hier Nato-Kollaborateure, die teils plump, teils subtil den immer engeren Anschluss betreiben. In Brüssel ist ein schweizerischer Divisionär stationiert, wohl kaum mit dem Auftrag, die Schweiz aus der Umklammerung herauszulösen. Im Gegenteil. Die neueste, dem Parlament vorgelegte Armeeplanung spricht von Auslandeinsätzen mit Infanterie, Genie, Logistik, Militärpolizei, Lufttransport samt Führung und Aufklärung. Das Instruktionskorps wird verwandelt in ein abrufbares Peace-Keeping-Kader. Das liest sich wie eine Wunschliste des amerikanischen Verteidigungsministers und des Nato-Generalsekretärs.

Die Zukunft der Nato ist offen. Die Probleme häufen sich. Die Erweiterung hat andere strategische Kulturen eingebunden, die sich mit den Erfahrungen und Vorstellungen der USA und einiger grosser Mitgliedländer nur schwer vereinen lassen. Niemand will die Nato auflösen. Den Amerikanern soll sie weiterhin garantieren, dass auf dem eurasischen Kontinent keine unabhängige militärische Gegenmacht heranwächst und neu jetzt, dass im Gefolge amerikanischer Militärinterventionen des Langen Krieges Truppen verfügbar sind, die sich der lange dauernden, risikoreichen, rückfallgefährdeten Aufgabe annehmen, fremde Staaten zu «stabilisieren» und in Demokratien westlichen Zuschnitts umzuwandeln.

Die gleichen unterfinanzierten, reformgeschüttelten Streitkräfte sollen nun unter EU-Ägide im Kongo die hilflosen Uno-Blauhelme unterstützen. Der Streit im Vorfeld dieses Einsatzes wirft ein grelles Schlaglicht auf den realen Zustand der EU-Sicherheitspolitik. Der redaktionelle Kommentar einer überregionalen deutschen Tageszeitung formuliert es so:

«Mangels Mandat, Strategie, Geld und Personal stolpert sie (die EU) von einem Debakel ins nächste. Der von den Vereinten Nationen angefragte Kongo-Einsatz ist nur das jüngste Beispiel für das unbeholfene Lavieren. Auch das Gerangel zwischen EU und Nato beim Kampf gegen den Völkermord in Darfur, die irrlichternde Haltung gegenüber der Hamas und das traurige Schauspiel, das die EU im Karikaturenstreit lieferte, werfen kein Glanzlicht auf die Brüsseler Aussen- und Sicherheitspolitik».

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ESVP wird von der politischen

Klasse leise und rasch vorangetrieben. Aus einer Union, die Frieden hält unter den Mitgliedern, wird eine Interventionsgemeinschaft, die autonom und weltweit auch militärisch für ihre Interessen auftreten will, wobei unklar ist, welches diese Interessen überhaupt sind.

Wer in der Schweiz weiterhin von der Nato als Verteidigungsgemeinschaft und der EU als reiner Friedensgemeinschaft schwärmt, gehört zur Nachhut des Fortschritts von gestern. Wir wollen uns nicht verwickeln lassen in unkontrollierbare Komplikationen militärischer Intervention im Orient. Das Ende der Präsidentschaft Bush rückt näher. Bis dahin bleiben wir Zeugen eines spannungsgeladenen transatlantischen Verhältnisses. Präsident Bush möchte noch vor 2008 die Ukraine in die Nato aufnehmen, um eine offene Flanke abzudecken und den Einflussbereich über die Donauländer, den Schwarzmeerraum und die Türkei auszudehnen bis an den Kaukasus. Der Nato-Gipfel vom November in Riga wird einige Klarheit bringen. Die Verlegung der Aktivitäten weg von Europa, die Neuregelung der Finanzierung von Truppeneinsätzen (wer keine Truppen schickt, soll dafür zahlen, oder mehr bezahlen als Truppensteller), der Wille der USA, ad hoc-Koalitionen zu schliessen und ihr vermehrtes Interesse an Indien, Australien, Japan und Südkorea, die Neuorientierung der US-Aussenpolitik unter Condoleezza Rice werden zu beobachten sein wie auch der feste Wille der USA, militärische Führungsmacht zu bleiben. Die Europäer werden bis November nicht in der Lage sein, die Erwartungen der Amerikaner zu erfüllen.

Unsere «Partner für den Frieden» gehen Wege, die nicht mehr passen zu unseren Interessen und Sicherheitsbedürfnissen.

Uno:
Mehr Blauhelme denn je

Die Uno hat an ihrer Jubiläums-Gipfelkonferenz die Chance versäumt, Ordnung zu bringen in ihr krisenbehaftetes, aufgeblähtes Militärwesen. Achtzehn Blauhelm-Missionen mit Soldaten aus Bangladesh (9200), Pakistan (8568), Äthiopien (3395), Ghana (2854) und anderen Ländern, total über 60'000, sind im Einsatz. Der Westen ist kaum dabei, er lässt seine Truppen wohlweislich nicht von der Uno-Verwaltung führen. Die Regelung der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen missglückte. Nicht einmal die Definition des Begriffes Terror gelang. Die viel gerühmten Vorschläge der Brahimi-Kommission zur Revision des Blauhelmwesens werden nicht realisiert. In Haiti und an der Elfenbeinküste, im Kongo und Sudan mehren sich die Versager. Die Mehrzahl der 43 Einsätze des letzten Vierteljahrhunderts ist gescheitert. Das Instrumentarium von 1945 und die Eskalation des *Peacekeeping* von erster Generation (Überwachung eines Waffenstillstandes) bis zur heutigen vierten Generation (Einmarsch auch gegen den Willen eines Staates, Besetzung, Übernahme der Staatsführung, Protektorat) taugen nicht annähernd, um die hehren Ziele zu erreichen. *«Humanitäre Interventionen sind meist hegemoniale Projekte des Westens, kosten viel Geld und dauern Jahrzehnte»* (Andreas Ross in der FAZ).

Das Muster wiederholt sich. Für alle Friedenstruppen wird die Lage irgendwann einmal unangenehm, weil die Bevölkerung sich gegen die fremden Soldaten wendet, die sie erst als Befreier begrüsst hatte. Aus dankbarer Duldung wird offene Ablehnung, Skandale geben zu reden und werden aufgebauscht. Auch Nato und EU werden das erleben, wenn sie sich in Uno-Dienste begeben.

Schweiz:
Hasjaxeit-Strategie

Der in einer anderen Zeit verfasste Sicherheitspolitische Bericht 2000 (SIPOL 2000) lastet als denkhemmendes, schweres Gewicht auf dem VBS. Wohl als einziges Verteidigungsministerium der Welt versteift es sich darauf, schon in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre alles richtig vorausgesagt zu haben. Nur die Dauer der Terrorbedrohung wird neu veranschlagt. In der Erläuterung zur Revision einer Verordnung der Bundesversammlung wird jetzt versucht, nebenbei eine strategische Doktrin der Schweiz zu formulieren. Nicht enden wollende wörtliche Zitate aus dem Bericht 2000 belegen in rechthaberischer Hasjaxeit-Manier die eigene Unfehlbarkeit.

Hat nicht der Bundesbrief von 1291 noch knapper alles vorausgesagt, als er *«im Hinblick auf die Arglist der Zeit zu ihrem besseren Schutz und zu ihrer Erhaltung»* Massnahmen der drei Urkantone festhielt?

Entstanden ist ein bürokratisches, technokratisches, lückenhaftes Papier, das ernsthaften Ansprüchen nicht zu genügen vermag. (Die Rede ist hier von der *«Erläuterung zur Revision der Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation der Armee»*, Stand 24.2.06). Mehrere Schwächen springen schon bei erster Durchsicht in die Augen:

- Die Unabhängigkeit der Schweiz, zentrales Ziel der Verfassung und unabdingbare Voraussetzung für alle Staatsführung in der wachsenden Unordnung der Welt nach den Abenteuern in Afghanistan und im Irak, wird nicht angemessen gewichtet. Interoperabilität, das heisst Unterstellungsfähigkeit der Armee unter fremde Streitkräfte bleibt Reformziel und steuert auch die Materialbeschaffung. Dieser schleichende Prozess ist gefährlicher als eine offene Beitrittsdebatte, da er doch immer begleitet wird von der Aussage «Wir wollen nicht der Nato beitreten».

- Die reale Entwicklung von Uno, Nato und EU wird geschönt beurteilt. Wunschdenken macht sich breit. Man fragt sich, ob der strategische Nachrichtendienst den Bundesrat falsch berät, oder ob der Bundesrat der nachrichtendienstlichen Lagebeurteilung widerspricht, oder ob es an der koordinierenden Führung der beteiligten Ämter fehlt.

- Die Aussage, Hauptgrund für terroristische Bedrohung der Schweiz sei ihr Abseitsstehen von der EU-Sicherheitszusammenarbeit, ist ungeheuerlich und alarmierend.

- Der neue strategische Umbruch im Gefolge der amerikanisch-britischen Misserfolge im Irak und im Vorfeld des eskalierenden Irankonflikts ist im VBS nicht bekannt. Ebenso wenig wie das US-Strategiekonzept mit seinem Führungsanspruch. Die Vorstellung, «friedensfördernde» militärische Interventionen in fernen Ländern hätten eine blühende Zukunft, ist falsch.

- Das Kriegsbild künftiger symmetrischer Kriege ist überholt.

- Die zentralen menschlichen Aspekte aller Armeereformen kommen überhaupt nicht zur Sprache. Die Folgen der Unfähigkeit, genügend fachlich ausgewiesenes Lehrpersonal zu rekrutieren, werden verschwiegen.

- Das Aufwuchskonzept ist bizarr. Die Unterscheidung von Fähigkeit und Kompetenz zur Führung von Schlachten ist weltfremd und bürokratisch. Die Behauptung, man stütze sich auf eine Machbarkeitsstudie mit positiven Resultaten, ist eine Zumutung an Parlamentarier und Bürger.

- Es wird eine papierene, blutleere Terminologie gepflegt, wie sie im Illusionsjahrzehnt 1990 – 2000 herangewachsen ist. «Sicherheit durch Kooperation» bleibt nicht hinterfragte Leitformel und ist sich selbst Beweis genug. Aus der Formel werden direkt Folgerungen abgeleitet. Mit der Sturheit eines Autopiloten wird weiter gefahren auf Nato- und EU-Kooperation.

- Die Bürger wollen beurteilen können, ob die wirtschaftliche Landesvorsorge den neuen Bedrohungen standhält. *«Wir bewegen uns auf dünnem Eis»*, sagte der Delegierte des Bundesrates.

Der Bedarf an grösseren Infanteriebeständen ist ausgewiesen. Die Anstrengungen des VBS gehen in diesem Punkt in die richtige Richtung. Das Dokument als Ganzes taugt aber nicht dazu, Klarheit zu schaffen und Vertrauen zurück zu gewinnen. Es bleibt ein bald zehn Jahre altes intellektuelles Vakuum bestehen. Weltbild, Kriegsbild und Soldatenbild sind auf den neuesten Stand der Entwicklung zu bringen. Wenn das Parlament den Schachzug nicht durchschaut und sich mit diesem Papier abspeisen lässt, wird jahrelang keine strategische Debatte mehr möglich sein, der Hang wird noch schneller rutschen.

Hasjaxeit-Strategie 2000. Merke: Es kommt nicht darauf an, Recht gehabt zu haben, es kommt darauf an, jetzt Recht zu haben.

Zwei Szenarien

Mit Aussen-, Sicherheits- und Militärpolitik reagieren wir auf mögliche Entwicklungen im strategischen Umfeld. Helikopterblick ist notwendig. Nur mit weitem zeitlichem und räumlichem Horizont lässt sich der Weg finden. Weil die Zukunft unbekannt ist, müssen wir in Möglichkeiten, in Szenarien, auf einer Skala von *worst case* bis *best case* denken und nicht in Prognosen. Es folgen zwei Szenarien in Grobskizze, ein schlimmer Fall vom Rand der Skala und ein mittlerer Fall.

Szenario 1:
Der Dritte Weltkrieg

Seit Jahren wachsen die Spannungen in der Golfregion. Tiefere Ursachen sind:

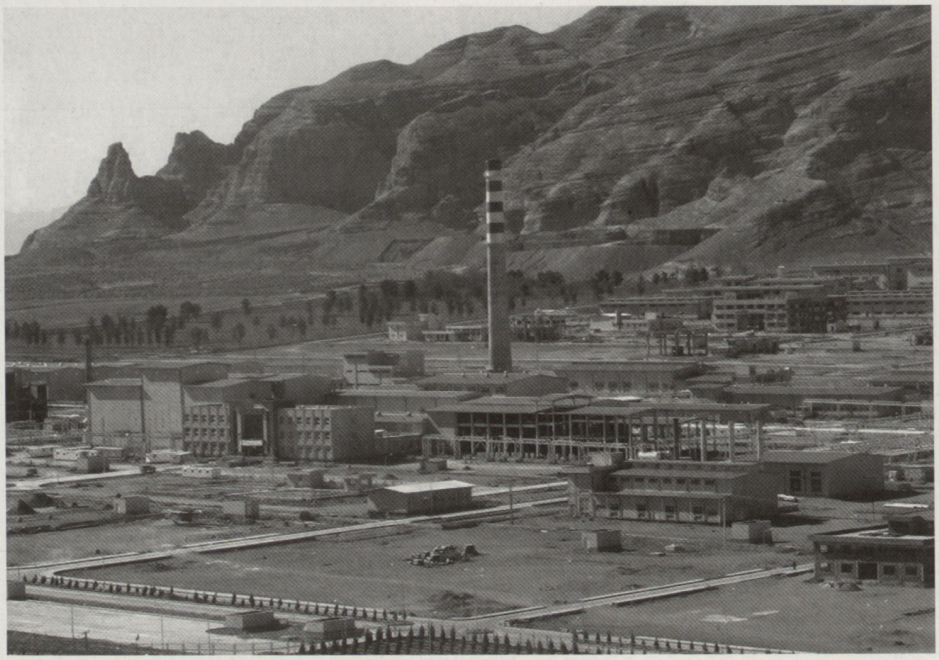
- die mit den asiatischen Ökonomien rasch wachsende Bedeutung der Ölgewinnung;
- die Demographie: Südlich und östlich des alternden christlichen Europa wachsen muslimische Länder mit mehrfach höherer Geburtenrate heran, speziell im Iran, wo ein nach dem Aderlass des ersten Irak-Krieges staatlich geförderter Babyboom dafür sorgte, dass 1995 vierzig Prozent der Bevölkerung unter vierzehn Jahre alt waren. Das gibt heute ein Heer von jungen Männern im kriegstüchtigen Alter.
- Eine Welle religiöser Leidenschaft in einem Teil der muslimischen Gesellschaften stösst auf eine Säkularisierungswelle in Europa. Im Iran wirkt eine Art Theokratie, von Marokko bis Pakistan sehen wir konfessionell unterlegte politische Bewegungen mit antisemitischer, antikapitalistischer, antiwestlicher Ideologie.

Bis 2005 waren Sprengstoffanschläge von Gaza bis Manhattan, London und Madrid die einzigen Möglichkeiten von Gewalt. Jetzt kommt die Atomwaffe in Griffnähe. Präsident Ahmadinedschad will sich Amerika widersetzen können. Die geheimen Vorbereitungen zur Atomwaffenproduktion sind seit Jahren im Gang.

Die Geschichte wiederholt sich: In den Dreissigerjahren wurde ein antisemitischer Demagoge als Kanzler Deutschlands gewählt, der sofort die Verträge zur Rüstungsbeschränkung brach und den Krieg vorbereitete. Der Westen betrieb *Appeasement*, Aussenminister reisten, Premierminister Chamberlain deklarierte *«peace for our time»*, Bundesrat Motta orientierte am 30.August 1939 (!) in Bern die Kommissionen der beiden Räte, die Kriegsgefahr sei vorbei, Hitler habe eingesehen, dass er die ganze Welt gegen sich hätte, wenn er einen Krieg auslösen würde.

Im Iran ist ein Demagoge zum Präsidenten gewählt worden, der Israel von der Landkarte ausradieren will. Die internationalen Atomkontrolleure wurden hintergangen. Die US-Streitkräfte haben Stützpunkte und Truppen in den Nachbarländern, wollen und können aber nicht eingreifen. Die Bürger sind misstrauisch nach den Fehlinformationen vor dem Irak-Krieg, vor den Wahlen wollen die Parlamentarier keinen neuen Krieg im Iran.

Der Iran verfügt über fünf starke Trümpfe: Er kann den regen Tankerverkehr in der Strasse von Hormuz wenn nicht unterbrechen, so doch empfindlich stören. Er hält mit seiner Revolutionsgarde dreimal mehr Bodentruppen bereit als die Amerikaner im Irak. Er kann über die Schiiten Einfluss nehmen auf den Kriegsverlauf im Irak. Er steuert die Hamas in Palästina und die Hisbullah im Libanon. Die Europäer betreiben *Appeasement*, versprechen dem Iran bei Wohlverhalten allerhand Vorteile, Aussenminister reisen. Spekulationen um einen präventiven Militärschlag Israels erfüllen sich nicht, Präsident Sharon fehlt. Die Medien verbreiten Hoffnung: Der iranische Präsident spreche nur so aggressiv, weil ihm innenpolitisch eine Hausmacht fehle. Vielleicht lasse sich ein Umsturz ähnlich der



Die iranische Uran-Anreicherungsanlage in Isfahan

Ukraine bewerkstelligen (Die US-Regierung hat eine Amtsstelle gegründet mit diesem Auftrag). Oder: Ein atomar bewaffneter Iran werde sich nach einer ersten Konfrontation mit Israel zu einem de facto-Kriegsverhinderungskartell vereinen wie einst die USA und die Sowjetunion nach der Kuba-Krise. Mehrere europäische Grossbanken haben ihre Geschäftstätigkeit mit iranischen Kunden eingestellt. Die USA haben Israel 500 bunkerbrechende Bomben geliefert.

Der Uno-Sicherheitsrat befasst sich mit dem Fall. Über lange Monate hinweg werden Erklärungen abgegeben, Resolutionen erwogen, entworfen, neu redigiert und erlassen. Beijing und Moskau verhindern militärische Sanktionen. Man verhängt ein partielles Reiseverbot für Funktionäre und verhandelt über sanfte wirtschaftliche Massnahmen. Langsam wächst in den Ländern des Mittleren Ostens und in Europa eine steigende Kriegsangst heran. Dem Iran gelingt in aller Stille der technische Durchbruch: Es werden, schneller als erwartet, mehrere Nuklearsprengköpfe produziert und auf die gefürchteten Raketen mit Reichweiten bis Israel und Süddeutschland geladen. Fliegerabwehrraketen werden in Stellung gebracht um bekannte Atomanlagen. Die Nachrichtendienste schrecken auf. Israel geht in Abwehrbereitschaft und bringt seine eigenen Raketen in Abschussbereitschaft. Erregung macht sich breit. Anschuldigungen gehen hin und her, Kriegsdrohungen machen die Runde, die Parteien mobilisieren weltweit ihre Anhänger. Über Internet und SMS jagen Gerüchte um die Welt. Versuche besonnener Politiker, die Völker zu beruhigen, kommen gegen die Vorkriegsstimmung nicht auf. Attentate in mehreren Städten Israels und im Süden des Iran heizen die Spannungen an. In den Städten des Nahen und Mittleren Ostens gehen Zehntausende demonstrierend auf die Strasse. «Tod den Juden, Tod den Kreuzfahrern» ist die Parole. Die Bevölkerung jagt echte und vermeintliche *special forces* – Agenten, die im eigenen Land Nachrichten und Raketenziele suchen –, um sie zu lynchen. Immer mehr Staaten treffen offen und in Abschreckungsabsicht Kriegsvorbereitungen. In den Medien werden Angriffspläne publiziert, die aus Indiskretionen in den Ministerien und Generalstäben stammen sollen. An den Bildschirmen schildern Lehnstuhl-Strategen Apokalypsen.

In Europa ereignen sich erste Zwischenfälle zwischen Muslimen und Juden. Die Bevölkerung teilt sich in Anhänger der einen und der anderen. Die Medien berichten von Kriegsfurcht und Hamsterkäufen. In der Schweiz erregen Anschläge auf eine Synagoge und ein muslimisches Gebetszentrum die Bürger. In Einkaufszentren einer grossen Stadt kommt es bei einer Strompanne zu Plünderungen. Die Religionsgemeinschaften und die Lebensmittel-Grossverteiler fordern permanenten Polizeischutz. Die private Sicherheitsbranche erlebt einen Aufschwung sondergleichen.

Und jetzt wiederholt sich die Geschichte nicht. Eine der beiden Frontregierungen (Israel oder der Iran) interpretiert einen nächtlichen Bericht des Nachrichtendienstes falsch, glaubt

an einen unmittelbar bevorstehenden Atomschlag des Gegners und sieht sich zum Handeln gezwungen. Wenn sie nicht sofort präventiv zuschlägt, wird das Land zerstört. Wenn sie den ersten Atomschlag führt, hat sie wenigstens Chancen, das Land zu retten. Beide Seiten schiessen, zwei Städte, Teheran und Tel Aviv, sind ausgelöscht. Schreckliche Bilder, von Satelliten aufgenommen, gehen um die Welt. Hunderttausende sterben.

Die Öltransporte aus dem Mittleren Osten brechen zusammen. Die Preise schnellen in die Höhe. China greift auf der Seite Teherans ein, die USA stellen sich hinter Israel. In der südchinesischen See kommt es zu ersten Scharmützeln Chinas mit der US-Marine und -Luftwaffe. China eröffnet den globalen *Cyberwar*. Nordkorea führt nahe der Demarkationslinie grosse Militärmanöver durch. Die Nato ruft den Beistandsartikel 5 ihrer Charta aus. Der Währungsangriff auf Dollar und Euro beginnt und zeigt rasch Wirkung. Die Finanzströme stocken. Im Irak werden die nach dem teilweisen Rückzug der Koalition übrig gebliebenen Basen der USA und der Briten gestürmt. In Saudi-Arabien wird das Königshaus gestürzt. Europa ringt die Hände. Eine Hamsterwelle räumt die Verkaufsgeschäfte in der Schweiz. Die Ferienwohnungen in den Bergen füllen sich, Versorgungsschwierigkeiten in den auf täglichen Nachschub angewiesenen Kurorten führen zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Einheimischen und Ausländern. Aus den grösseren Städten des Mittellandes werden gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Juden und Muslimen und ihren Anhängern gemeldet. Schuldzuweisungen werden hin und hergeschleudert. Gegen eine Filiale der UBS wird ein Sprengstoffanschlag verübt. In Genf und Köln wird je ein iranischer Dissident unter mysteriösen Umständen ermordet. In Beirut werden zwei schweizerische Geschäftsleute entführt.

Abbruch des Szenarios. Es basiert auf einer Vorgabe von Nial Ferguson, Historiker an der Harvard-Universität und Kolumnist grosser englischer und amerikanischer Zeitungen.

Ein Szenario beweist nichts, aber es kann anregen zum Weiterdenken. Vielleicht kommt der Leser zu ähnlichen Schlüssen:

- Strategische Überraschungen sind jederzeit möglich.
- Symmetrische Kriege, wie dieser zwischen Israel und dem Iran, sind weiterhin möglich, aber in ganz neuer Form.
- Weltkrieg ist ebenso möglich wie Atomkrieg.
- Der Krieg ist nicht am Ende. Am Ende ist die Entscheidungsschlacht mit Panzermassen, die auf Schlachtfeldern aufeinanderprallen.
- Die Schweiz ist kein Akteur in diesem Krieg, aber sie ist betroffen und sie kann, wenn sie vor dem Krieg glaubwürdig neutral und nicht mit einer Partei verbandelt war, zu einem gefragten Akteur der Kriegsbeendigung werden.
- Unabhängigkeit trägt in diesem Szenario Früchte. Wir haben im folgenden Chaos Handlungsfreiheit und werden nicht in die Kriegführung Mächtiger eingespannt.
- Die Schweiz ist hochgradig verwundbar. Sind unsere Reaktionen eingeübt? Wie gehen wir (und die Armee) mit einer lange dauernden Ölkrise um, mit dem *Cyberwar*? Mit dem ausgefallenen GPS? Mit den Friedenssoldaten im Ausland? Mit der notwendigen Wahl eines Oberbefehlshabers? Mit dem ausländischen, nicht dienstverpflichteten Medizinalpersonal in den Spitälern, das in der Kriegsgefahr nach Hause reist?
- Globalisierung ist zerbrechlich. Die Welt war schon einmal vorübergehend globalisiert.
- Die internationalen Organisationen haben die Nationalstaaten nicht abgelöst als Akteure der Machtpolitik und der Gewalt.
- Genügen Bestände und Ausbildungsstand der in dieser Lage geforderten schweizerischen Infanterie?

Szenario 2:

Das Ende des unipolaren Moments

Fünfzehn Jahre dauerte der unipolare Moment. Viele unserer jüngeren Bürger kennen keinen anderen Zustand der Welt. Die USA waren so stark, dass ihnen auch kein Zusammenschluss der anderen Mächte hätte die Stirn bieten können. Der natürliche Prozess, die Vormacht der USA zu unterlaufen und einzudämmen, wurde durch die langwierigen Interventionskriege in Afghanistan und im Irak beschleunigt. War bisher das strategische Hauptthema der Kampf der mächtigen USA gegen eine Handvoll Leute der Al Qaida, beginnt jetzt die Phase des Aufstiegs von neuen Gross- und Beinahe-Grossmächten. In diesem Szenario erleben wir die Jahre Chinas, Indiens, Russlands, Deutschlands und des Iran. Wir sind Zeugen der Rückkehr der Nationalstaaten ins Rampenlicht. Das Ringen um Einflusszonen wird wieder zentrales Anliegen der Machtpolitik, führt zu neuen Konstellationen und zum früher gewohnten Bild von Konfrontationen und Konflikten. Eine multipolare Welt zeigt erste Spuren. Die Welt kehrt zurück zum Normalfall.

In Stichworten:

China gewinnt an Selbstsicherheit und Einfluss, ist aber bedroht durch soziale Unruhen im Innern und die Eindämmungspolitik der USA und ihrer Verbündeten. Gegen Unruhen und Zerfall hilft die Anheizung des Nationalismus. China will in einigen Jahrzehnten die USA an der Spitze der Weltmächte ablösen und braucht auf diesem Weg Ruhe, offene Weltmeere, Energie und funktionierende Märkte. Mit kriegerischen Abenteuern ist nicht zu rechnen, aber mit vermehrten Spannungen aus hochgespieltem Nationalismus. Das Militärbudget wächst und wächst.

Der **Iran** lernt aus den Erfahrungen Nordkoreas. Man muss, um die USA abzuschrekken, gar keine Atomwaffen haben. Man muss nur dafür sorgen, dass die Welt glaubt, man könne Atomwaffen herstellen, wenn man wolle, und man sei so verrückt, dass man sie auch unbekümmert um die Folgen anwenden werde. Der Iran strebt Hegemonie am Golf an, hat im Irak viel, aber weniger als erhofft, erreicht. Er bleibt Unruhestifter in der Region. In diesem Szenario geht er mit der Atomwaffe bis an die Grenze der Produktionsfähigkeit, aber nicht darüber hinaus. Der Einfluss bleibt hoch, aber er provoziert den israelisch-amerikanischen Präventivschlag nicht. Der Weltfriede hängt an der Qualität der Nachrichtendienste. Eine Fehlbeurteilung könnte zu Szenario 1 führen. Der Uno-Sicherheitsrat rafft sich nicht zu substantiellen Massnahmen auf. Die erst geheimen, immer mehr auch offen geführten Gespräche zwischen den USA und dem Iran über die Rolle der Mullahs in der Region werden in Wirklichkeit über die Konfrontation entscheiden.

Der **Irak** bleibt instabil und voller interner Gewalt, aber er steht nicht mehr im Zentrum des Weltinteresses.

Russland versucht, die verlorene strategische Tiefe zurück zu holen. Russland glaubt, sich ohne Pufferstaaten an den Rändern nicht halten zu können. Die Ukraine und Zentralasien stehen im Mittelpunkt der Anstrengungen. Moskau fehlt eine klare Strategie der Eingliederung dieser Staaten, während die Nachbarn genau wissen, was sie wollen: EU und Nato wollen die Ukraine aufnehmen, China will Sibirien dominieren, die USA wollen ihren Einfluss dort, wo sie nach dem 11.9.2001 gewonnen haben, wahren. Russland verfügt mit seinem Erdgas über eine starke Waffe, die zentralasiatischen Staaten fürchten sich vor «orangen Revolutionen» und suchen russische Unterstützung. Hohe Energiepreise erlauben Russland den Kauf neuer Waffen für die Streitkräfte. Ost und West werden noch dieses Jahr zu einer Bewährungsprobe um die Ukraine antreten.

Al Qaida schrumpft zu einem Begriff. Die noch nicht gefundenen Osama bin Laden und Ayman al-Zawahiri mögen in ihren Verstecken strategische Richtlinien erlassen, als Organisation kann al Qaida nicht mehr bezeichnet werden. Selbst die aktive Gruppe um den Jordanier al-Zarkawi im Irak wird in diesem Szenario an Einfluss verlieren. Regionale Zellen können Anschläge verüben auf der arabischen Halbinsel, in Afrika, in der Levante und im Westen. Das weltweite Kalifat bleibt ausser Reichweite.

In **Europa** erodiert die Idee eines immer engeren Zusammenschlusses weiter. In sieben Systemen wird um die Macht gerungen:

- Politische Klasse gegen die Bürger;
- Kleine Staaten gegen Grosse;
- Neue Politiker-Generation gegen die alte (Schröder und Berlusconi sind ersetzt, Chirac und Blair werden folgen);
- Alteuropa West gegen neues Europa Ost;
- Liberalismus gegen Sozialismus;
- Atlantiker gegen Eurasier;
- Superstaatler gegen Anhänger des Nationalstaates. Die Anhänger des Nationalstaates haben die Nase vorn. Es beginnt jetzt das Ringen um ein Machtgleichgewicht.

Das Hauptaugenmerk wird auf dem erwachten und erstarkenden **Deutschland** liegen. Deutschland strebt wieder die Rolle einer europäischen Führungsmacht an, zum drittenmal in der Geschichte. Wann immer Deutschland am Boden liegt, greifen andere zur Macht. Nach dem Zusammenbruch des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation stiegen Frankreich, England und Russland zu grossen Mächten auf. Die Schwäche der Weimarer Republik nach dem Ersten Weltkrieg nutzten Frankreich und Russland und die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglichten das Entstehen der EU nach französischen Vorgaben.

Die Zentrifugalkräfte werden zunehmen in der **EU**, die EU-Verfassung bleibt, wo sie ist, und weil Deutschland seine Eigeninteressen mit Nachdruck verfolgen wird, regt sich erster europäischer Unmut über die alte/neue Zentralmacht.

Die derzeitige Schwäche der Regierungen in Frankreich und England, der gute Start der neuen Regierung in Deutschland, die zentrale Lage auf dem Kontinent, die Wirtschaftskraft, die schiere Grösse und der neu belebte Machtwille wirken. Die weitere Preisgabe von Souveränität an die Behörden in Brüssel steht in diesem Szenario nicht auf dem Programm. An Konfrontationen an den Aussengrenzen wird es nicht fehlen. Die östlichen Mitglieder fürchten sich vor Russland, die südlichen vor den Flüchtlingswellen aus Afrika, in den Hauptstädten wirken islamistische Dschihad-Zellen.

Europa wird in den nächsten Jahren nicht zu einem geschlossenen Akteur auf der Bühne der Weltmachtordnung, es bleibt vorwiegend mit sich selbst beschäftigt. Die Rivalität zwischen Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und Polen zeigt sich in wiederholten diplomatischen Zwischenfällen. Präsident Chiracs Atomstrategie ist zu verstehen als ein Schachzug im innereuropäischen Machtspiel. Ebenso das deutsche Engagement im Kongo. Nicht selten sind die Streitkräfte Spielball in diesem Ringen.

Abschmelzen der Arktis: Die Erderwärmung hat auch strategische Auswirkungen. Es werden Konflikte ausbrechen um neue Seewege aus Asien nach Europa, die bisher vom Eis versperrt waren. Es geht um Territorialgewässer, Grenzen, Souveränität, Schutz- und Unterhaltspflichten, Öl- und Gasfelder, die bisher technisch nicht zugänglich waren, um offshore-Gewinnungsrechte. Neue Umweltgefahren und nationale Sicherheit stehen auf dem Spiel. In den Haaren liegen werden sich Russland, die USA, Kanada, Norwegen und Dänemark (Grönland). Die Probleme sind heute schon bekannt und werden analysiert. In diesem Szenario werden sie eskalieren zu offener Konfrontation bis hin zu bewaffneten Regionalkonflikten.

Die bewaffneten **afrikanischen Konflikte**, vorwiegend Bürgerkriege, schwelen fort, verbal und finanziell begleitet vom Westen, aufgeladen von Energie-Rivalitäten Chinas und der USA, ein Pfahl im Fleisch der Uno. Die Afrikanische Union hat ihre militärischen Aktivitäten eingestellt, die schnelle Eingreiftruppe ist unerfülltes Versprechen geblieben. Darfur, Horn von Afrika, Elfenbeinküste ..., die Liste der ineffizienten, überflüssigen und teuren Blauhelmeinsätze ist lang. Drittwelt-Armeen haben ihren Ruf als Friedenstruppen

verloren. Afrikanische Regierungen empfinden es als Naturgesetz, dass andere ihre Probleme lösen, und rufen nach westlichem Geld und westlichen Truppen. Der Vorschlag des britischen Aussenministers, als einfachste, billigste und schnellste Lösung private Militärunternehmen vorzuschicken, wird in den Hauptstädten der EU informell geprüft. Ein Entscheid steht bevor.

Ende des zweiten Szenarios. Es basiert auf einem *Stratfor Geopolitical Intelligence Report* und skizziert eine Welt ohne Grosskriege, aber voller Konfrontationen, Konflikte, Machtproben und Interessengegensätze. Wichtigstes Merkmal ist die Rückkehr der Nationalstaaten als handelnde Einheiten und die andauernde Schwäche der internationalen Organisationen. Auch dieses zweite Szenario beweist nichts, aber es verlockt zum Weiterdenken:

- Unabhängigkeit bleibt in einer solchen Welt von ausschlaggebender Bedeutung.
- Die totalitären Regimes sind nicht, wie viele glaubten, morsch und warten nur auf den Todesstoss aus dem Westen.
- Die Bevölkerungen autokratisch regierter Staaten stürzen sich nicht mit Feuereifer in das westliche demokratische Modell, wenn sie befreit werden.
- Es gibt keine lineare quasi marxistisch-leninistische Entwicklung der Welt hin zu einem Idealzustand, den man mit Waffengewalt etwas beschleunigen kann.
- Kleinstaaten wie die Schweiz, Singapur, Norwegen, Malta, Zypern, die baltischen Staaten haben hohe Erfolgschancen und bei aller Globalisierung gute Erfolgsausweise.
- Militärische Gewalt entlädt sich nicht in Entscheidungsschlachten.
- Staaten, die über kein Instrument verfügen, sich gegen Gewalt zur Wehr zu setzen, halten sich nicht lange. Armeen bleiben Ausweis des Selbstbehauptungswillens. Ein Machtvakuum zieht fremde Macht an.
- Der moralisierende Interventionismus wird Rückschläge erleiden.
- Die amerikanische Armee dient anderen Zwecken als die französische oder schweizerische und sieht deshalb auch anders aus. Der Drang, im Gefolge amerikanischer Kriege Aufräum- und Aufbauarbeit zu übernehmen, wird nicht steigen.

Vom Nutzen militärischer Gewalt

Die letzten Panzerschlachten wurden 1973 auf den Golanhöhen und im Sinai geschlagen. Die Rüstungstechnik hat sich inzwischen so entwickelt, dass der Zusammenprall von Bodentruppen, welcher über den Ausgang von Feldzug und Krieg entscheidet, nicht mehr stattfinden kann. Das Plateau von Combremont, die Senke von Hettlingen und das Grosse Moos haben ausgedient. Massaker haben die Schlachten ersetzt. Die Schlachtfelder haben sich in die Städte zurückgezogen. Gewalt in allen Formen wird gegen die Zivilbevölkerung angewandt. Zivilpersonen sind nicht nur Opfer, sie sind auch Akteure. Terroristen, Freiheitskämpfer, bezahlte Ex-Soldaten in Militärfirmen, Verbrecher, Sicherheitsunternehmen, Warlords, religiöse Dschihadisten, private Erbringer von ausgelagerten Dienstleistungen für Armeen gehören ins Bild zunehmend entstaatlichter Kriege. Hilfsorganisationen halten die Kriegswirtschaft, nicht zuletzt die Bürgerkriegsökonomien am Laufen und verfolgen in jedem Konflikt eigene Ziele. Besonders gern lassen sie sich gratis von Militärs unterstützen und schützen. Die Medienvertreter sind zu einflussreichen und um-

worbenen Hilfsakteuren aufgestiegen. Armeen schicken ihre *special forces* ohne Uniform ins Feindgelände.

Armeen unterscheiden sich fünffach von den vielen andern Kriegsteilnehmern:

- Sie sind eine organisierte Einheit.
- Sie verfügen über eine Hierarchie mit klarer Regelung der Verantwortung gegenüber Vorgesetzten und Untergebenen.
- Sie sind der höchsten politischen Instanz unterstellt.
- Die Gewaltanwendung durch Waffengebrauch ist durch Gesetze geregelt und durch eine militärische Disziplin gezügelt.
- Waffen und Gerät werden zentral beschafft.

Das in jüngerer Zeit entwickelte Kriegsrecht zur Einhegung des Krieges gilt für Armeen und ist streckenweise überholt. Trotzdem müssen sich Streitkräfte daran halten. Wer sich anschickt, mit Waffengewalt den eigenen Rechtsstaat zu erhalten oder anderen zu einem Rechtsstaat zu verhelfen, darf ihn nicht verhöhnen. Es gibt kein Verständnis für Abu Ghraib und seine Betreiber.

Die nationalstaatliche Armee ist ein Instrument der Gewalt, das erlaubt, grenzenlose Eskalation zu verhindern. Ohne Recht, verantwortliche Führung und Disziplin wächst Waffengewalt ins Masslose. Der Soldat ist der Hauptträger des Gewaltmonopols. Seine einzige Legitimation sind Wille und Fähigkeit zu kämpfen. Gewalt besteht in Töten und Zerstören. Indem er tötet und zerstört, erreicht der Soldat taktische, operative und strategische Ziele – auch der Soldat der päpstlichen Garde. Die beste Wirkung erzielt eine Armee, wenn sie derart glaubwürdig fähig ist, zu töten und zu zerstören, dass sie einen potentiellen Feind vom Versuch abhält, seine eigenen Ziele mit Gewalt zu erreichen. Abschrecken, abhalten, Dissuasion bleiben Aufgabe Nummer 1 militärischer Gewaltbereitschaft. Sie ist nicht erfüllbar gegenüber dem Selbstmordattentäter und dem religiösen Wirrkopf, der den Weltuntergang herbeiführen will. Armeen können Konflikte eindämmen und eingrenzen. Sie können Menschen und Objekte verteidigen gegen fremde Gewalt, sie können Auswirkungen von Anschlägen mildern. Hiezu brauchen sie AC-Spürpanzer statt Minenräumpanzer. Alles andere ist modische Moralisierung und kann von nichtmilitärischen Berufsgruppen effizienter ausgeführt werden.

Friedenssoldaten, die lernen, einem weinenden Mädchen die Tränen abzuwischen, diebewaffneten Dachdecker, Brückenleger und Hilfsgüterverteiler sind das Produkt einer moralisierenden Politik der letzten Jahrzehnte. Weil Militär organisiert und flexibel ist, wird es zu Recht immer wieder für Soforthilfe bei Katastrophen eingesetzt. Noch besser wäre ein hochqualifizierter, bestandesstarker Zivilschutz.

Was ist denn nun der Nutzen militärischer Gewalt? Im Gutmenschen-Vokabular von gestern handelt die Antwort von «Sicherheit pro-

1973, Yom Kippur-Krieg: «Klassischer Panzer-Vormarsch»

duzieren, Stabilität, Behörden unterstützen, Frieden erhalten, den Menschen und der Völkergemeinschaft dienen, Partnerschaft, Kooperation, Solidarität, Dialog». Seine Worte sorgfältig zu wählen ist das eine, sich selbst mit Begriffen zu täuschen das andere. Eine disziplinierte, geführte und vom Recht eingebundene Organisation kann gegen fremde Gewalt schützen, kann zwingen, eindämmen, verhindern, abhalten, abschrecken. Zweckentfremdung des Militärs zu anderen Aufgaben ist möglich und hat Folgen. Auch Schosshündchen bellen, aber nur Kampfhunde packen den Räuber. Der Nutzen militärischer Gewalt liegt nicht mehr im Führen siegreicher Schlachten, sondern im dosierten Einsatz in überbautem und bewohntem Gebiet mit dem Ziel, taktische, operative und strategische Ziele zu erreichen, die nur durch die Fähigkeit, zu töten und zu zerstören, erreicht werden können. Im Vordergrund steht derzeit der Kampf gegen Terroristen. Das ist nicht das Ende der Kriegsgeschichte, neue und neuartige Konfrontationen und Konflikte stehen an, die beiden Szenarien gaben Beispiele.

Die Umstellungen für das Militär werden umfassend sein. Wir brauchen neue operative und taktische Doktrinen. Sie werden einige Gemeinsamkeiten haben mit den Doktrinen, die jetzt von Interventionsarmeen im Gefolge der verbreiteten Misserfolge erarbeitet werden. Aber sie werden anders sein: Die Schweizer Armee kämpft inmitten der eigenen Bevölkerung und kann damit ganz andere Chancen nutzen. Wir betreiben *homeland defense*, eine den neuen Bedrohungen angepasste Territorialverteidigung. Wir müssen nicht alles neu erfinden, die Erfahrungen der aufgelösten Territorialtruppen stecken noch in vielen Köpfen. Die Bundeswehr ist im Begriff, das einzuführen, was die Armee XXI gering achtete: Zivil-militärische Verbindungskommandos, bei uns hiessen sie Territorialkreiskommando, 270 an der Zahl, sollen aufgestellt werden für jeden Landkreis, jede kreisfreie Stadt und jeden Regierungsbezirk.

Zu warnen ist vor oberflächlicher Nachahmung von Erfahrungen fremder Truppen in Auslandeinsätzen und vor der Versuchung, nach dem Giesskannenprinzip alles und jedes tun zu wollen. Wir haben eine Miliz und wollen sie behalten, nur schon deshalb, weil eine Miliz nicht taugt als bewaffneter Arm einer Ideologie, als Instrument einer politischen Klasse oder herrschenden Minderheit. Die Bevölkerung, die es zu schützen gilt, ist Kampfkraftverstärker der Miliz. Im Ausland sinkt sie ab auf oder sogar unter das Niveau anderer Truppen und versagt, wie im März 2004 im Kosovo.

Verteidigung im eigenen Land gegen sich wandelnde Bedrohungen ist ihre Kernkompetenz. Einsatz in multinationalen Verbänden schadet ihrer Kampfkraft. Man akzeptiere endlich die Erfahrungen von Generälen, die sich in Auslandeinsätzen bewährten: General Jürgen Reinhardt etwa sprach Klartext:

«Zusammengewürfelte Haufen brechen unter Belastung rasch auseinander», und *«Die gegenwärtigen Einsätze fördern diese Erziehung nicht unbedingt (gemeint: zu beherztem Handeln in kritischen Lagen). Je mehr Aufbauarbeiten und humanitäre Dienste prämiert werden, desto geringer könnte mit der Zeit die Neigung zum Gefechtsdienst werden», und «Führung ist heute ein anonymer, weitgehend entpersonalisierter Prozess in komplizierten Organisationen».*

Und: gefragt seien in diesen Einsätzen nicht mehr Kampftüchtigkeit, sondern Integrationsvermögen, Gewandtheit im Umgang mit politischen Direktiven, geschäftsmässige Beherrschung der Systeme, Zuverlässigkeit der Organisation. Es ist nicht wahr, dass in multinationalen Verbänden mit Auftragstaktik geführt werden kann und geführt wird. Wer dort eingesetzt wird, verliert die Hauptqualität einer schweizerischen Miliz: die selbständige, blitzschnell der Lage anpassbare Handlung im Rahmen eines Auftrages. Es kommt nicht von ungefähr, dass neue Führungsmittel des Auslands die freie Führung beschränken und dem weit entfernten Kommando die Möglichkeit geben, in Details hineinzureden. Das muss dort so sein, ist aber unserer Auftragstaktik unterlegen. Die wiederholten Versuche, die Miliz schrittweise mit Freiwilligen- und Berufselementen auszuhöhlen und zu einem internationalistischen Instrument umzufunktionieren, verdienen höchstes Misstrauen.

Strategisches Denken: Wissen erwerben, selber denken, üben

Strategisches Denken ist mehr als ein Blick über den Kugelfang. Politiker sind in der Regel Quereinsteiger, die plötzlich mit strategischen Fragen konfrontiert werden und auch der Feldherr, der *strategos*, wächst nicht auf Bäumen heran. Es gibt keinen anderen Weg als lesen, Wissen erwerben, selber denken und üben, ein Leben lang. Es fehlt nicht an Literatur, Erfahrungen, Lehre; es fehlt den strategischen Entscheidträgern aber zu oft an Wille und Lernbereitschaft, an Respekt vor dem nötigen Grundwissen. «Wir haben jeden Tag Ernstfall», lautet die Standard-Ausrede der Verantwortlichen, die dem Training in Übungen ausweichen wollen. Sie haben auch Angst vor der Blamage und der Übungskritik, denn Übung ist auf dieser Stufe auch Prüfung.

Es gibt einen strategischen Stammtisch, in der Bierstube wie im Clublokal, wo unbekümmert um Komplexitäten einfache Lösungen postuliert werden, und wo man wiederholt, was man vormittags im Leibblatt gelesen hat. Podiumsgespräche verlocken mit kurzer Redezeit zu Schlagworten und Glaubensbekenntnissen.

Strategisches Denken unterscheidet **Konstanten** (die allem strategischen Handeln innewohnende paradoxe Dialektik, die stete Eskalation, meist in Form von *mission creep* internationaler Organisationen, die Rechtlosigkeit und Grausamkeit) von **Variablen** (die neuen Kriege, ihre Entstaatlichung, Ökonomisierung und Asymmetrisierung).

Strategisches Denken erkennt und unterscheidet imperiales von hegemonialem Verhalten grosser Mächte.

Strategisches Denken kennt die unterschiedlichen strategischen Kulturen mit ihren Elementen Geographie, Geschichte, Gesellschaft und Wirtschaft und berücksichtigt Identität stiftende Faktoren.

Strategisches Denken befasst sich mit den globalen Trends der demographischen Entwicklung, mit Wanderungen, Migration, Flucht, mit Umweltveränderungen, internationaler organisierter Kriminalität, technologischen Entwicklungen.

Strategisches Denken umfasst alle fünf Räume moderner Kriegführung: Weltraum, Luftraum, Meere, Boden und *Cyberspace*.

Strategisches Denken befasst sich mit der Macht der Menschen und der Ideen, durchschaut Zeitgeist-Ideologien und verfällt ihnen nicht.

Strategisches Denken stellt hartnäckig die richtigen Fragen: Bei militärischen Auslandeinsätzen z. B. fragt es nicht «Was könnten wir auch noch tun? Könnten wir auch noch einige Dutzend Freiwillige nach Afghanistan schikken?», sondern: «Was soll herauskommen, politisch, militärisch, wirtschaftlich, strukturell, gesellschaftlich? Kann Schweizer Militär dieses Ziel überhaupt erreichen? Was wäre, wenn keine Schweizer dort wären? Was ist unser nationales Interesse? Das wirkliche Interesse anderer? Wie verhalten sich Aufwand und Ertrag?»

Strategisches Denken kennt keine lächerliche *me too-Armee,* die überall dabei sein will, alles nachzuahmen versucht und jeder Militärmusik nachrennt. Die Lagebeurteilung vor einem Auslandeinsatz ist zu einer neuen Disziplin herangewachsen in den Misserfolgen der letzten Jahre. General Rupert Smith hat aus eigenem Erleben darüber geschrieben, wer ihn nicht gelesen und verstanden hat, sollte nicht mitsprechen in diesen Fragen.

Wir brauchen weniger Ideologie und mehr nüchterne Fachkenntnis in den Stäben und Direktionen und präzisere Fragestellungen

beim politischen Personal. Und auch Bescheidenheit: Es sei das einzige Symptom von Dummheit, wissen zu wollen, welche Reformen die Welt brauche, schreibt Nicolás Gómez Dávila. Auch strategisches Denken kennt die Zukunft nur aus Szenarien. Der Entscheidträger muss trotzdem handeln, wohlinformiert, vorsichtig, schrittweise, immer handlungsfähig bleibend. Verloren hat er, wenn er eingesteht, es gebe keine andere Lösung, es herrsche Sachzwang. Er könne z.B. ins Ausland geschickte Truppen gar nicht mehr zurückziehen, auch wenn er wollte, aus Korea, Afghanistan, dem Kosovo und Bosnien.

Die Schweiz pflegte während langen Jahren eine beispielhafte strategische **Übungskultur**. Politiker aller Parteien, die Verwaltungen von Bund und Kantonen, die Armeespitze mit ihren Stäben und die Wirtschaft schickten ihre besten Leute, setzten sich in Klausur einer simulierten Verbundkrise aus, suchten Lösungen, exponierten sich mit Übungsentscheiden. Sie entdeckten Lücken und Mängel, trainierten Befehlsgebung, Kontrolle und Korrektur auf höchster Ebene. Ein dichtes Netz von Verantwortungsträgern, die sich mit ihren Stärken und Schwächen kannten, lag über der Schweiz. Man wusste, wo man fragen konnte, auf wen man sich verlassen konnte, sprach eine gemeinsame Sprache, assoziierte ähnlich, wenn strategische Begriffe gebraucht wurden, man war vertraut mit den Rechtsgrundlagen, mit Kompetenzen und Mitteln. Keiner ging zurück an seinen Arbeitsplatz ohne Anregungen für Neuerungen im eigenen Bereich. Man lernte auch Kandidaten kennen für schwierige höchste Funktionen und andere, die nicht überzeugten.

Diese Übungskultur wurde abgebaut auf ein Minimum. Es geschieht nicht nichts, aber viel zu wenig. Der nötige Druck für die Herstellung eines krisensicheren Führungsnetzes kann nicht aus der Verwaltung kommen, es braucht Parlamentarier und Bundesräte, die erkennen, dass gerade jetzt in den grossen strategischen Umbrüchen Impulse nötig sind. Es wird Bequemlichkeit und Widerstand zu überwinden sein, aber das gehört zum Metier der Staatsführung. Und es braucht Übungsleiter mit Vorstellungsvermögen, strategischem Weitblick und Zivilcourage, die in keinem Moment an ihre nächste Beförderung denken, die fähig sind, die besten Kenner der Materie in Riesenstäben zu einer anspruchsvollen Leistung zusammen zu führen. Diese Leute gibt es, man muss ihnen nur Auftrag und Mittel geben, sie in ihrer Arbeit unterstützen und kontrollieren.

Üben kann man nur auf der Grundlage einer strategischen Doktrin. Man darf dabei das strategische Denken nicht reduzieren auf Krisenmanagement. Das ist etwas anderes, tiefer einzustufendes.

Die Übungsanlagen müssen Problemlagen existentieller Natur enthalten, müssen zu interdepartementaler Gesamtleitung von Staat und Armee provozieren. *Créer l'événement* ist der schwierigste und anspruchsvollste Teil der Arbeit eines Übungsleiters und seines Stabes. Man mache sich wenig Sorgen um die nachfolgenden operativen und taktischen Stufen. Sie sind gut geführt und werden die Impulse der oberen Stufe rasch aufnehmen.

Die Forderung lautet, das strategische Dach über dem Haus sei so zu konstruieren, dass es den neuen Unwettern standhalte.

Wegweiser zu einer strategischen Doktrin

Wegweiser 1: Ein realistisches Weltbild

Es ist Abschied zu nehmen von der Illusion einer uneigennützig militärisch-humanitär intervenierenden Völkergemeinschaft.

Es ist Abschied zu nehmen von den Weltpolizisten Uno oder USA, die jedem Diktator den Garaus machen.

Die Schweiz ist einzugliedern in eine sich neu heranbildende multipolare Welt von Nationalstaaten, eine Welt voller Konfrontationen, Machtproben, Konflikte. Der Kampf um Erdöl und Erdgas verdrängt andere Kriegsgründe, ersetzt sie aber nicht. Konfessionelle Auseinandersetzungen werden Europa nicht erspart bleiben. Militärische Interventionen werden verbrämt mit edlen Motiven, zielen aber nicht selten auf Rohstoffe und Transportwege. Die Stimmen werden lauter, die den amerikanischen Krieg gegen den Terror für einen Vorwand halten für einen Krieg um Öl und Gas. Die chinesischen Öl-Aktivitäten rund um den Globus sind ebenfalls wenig zimperlich. Es fällt auf, dass völkerrechtliche, demokratiepolitische und andere gerne genannte Prinzipien recht schnell verletzt werden, wenn Energie ins Spiel kommt. Man hüte sich aber vor einfachen, vermeintlich eleganten Thesen. Alles menschliche Handeln, vor allem das politische und militärische, hat komplexe Motive. Noch einmal Dávila: *«Was nicht kompliziert ist, ist falsch».*

Man sollte auch hierzulande die vier wichtigsten Lehren des US-Misserfolges im Irak bedenken:

- Die USA verstiessen gegen Regeln des politischen **Realismus**. Realismus stützt sich auf die real existierenden Machtverhältnisse. Henry Kissinger, Altmeister des Realismus, sagte vor dem Krieg, es sei schade, dass nicht beide (der Irak und der Iran) ihre Macht verlieren könnten. Er hatte Recht: Der Irak verlor, der Iran gewann und stellt heute die noch grösseren Probleme.

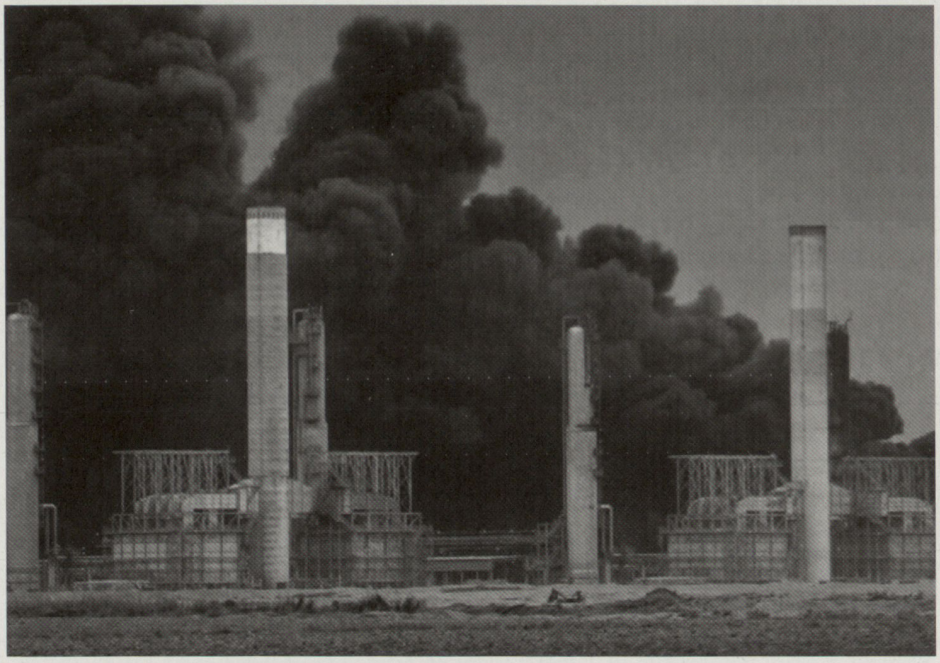
- Die USA kümmerten sich nicht um die **Geschichte** der Region: Die Ereignisse nach dem Ersten Weltkrieg hätten bei der Lagebeurteilung wegleitend sein müssen.

- Die USA verkannten die **eigenen Schwächen**: die Überschuldung und den zu geringen Bestand an Truppen.

- Die USA unterschätzten die Bedeutung der **Legitimation**: Die Bevölkerung steht mehrheitlich nicht mehr hinter dem Krieg. Es gibt klare Regeln für die Unterstützung der Bürger: gerechte Sache (in erster Linie Verteidigung gegen Angriff), Aussicht auf Erfolg (Vertrauen in die Führungskompetenz des leitenden politischen und militärischen Personals), Beteiligung von Partnern. Auch die Schweizer Regierung und Armeeführung brauchen eine realistische, auf tatsächliche Machtverhältnisse und Interessen abgestützte Strategie, fern von Heuchelei und illusionistischem Idealismus und Institutionalismus, brauchen Verwurzelung in den historischen Erfahrungen, Kenntnis der eigenen Schwächen und breite Unterstützung durch das Volk.

Wegweiser 2: Ein realistisches Bedrohungsbild

Strategische Überraschung ist der Normalfall. Wir brauchen eine jederzeit einsatzbereite Armee, nicht unter den Fahnen stehend und auf den Feind wartend, sondern eine Miliz, eingebunden in Gesellschaft und Wirtschaft



Öl-Raffenerien werden zu Angriffszielen:
Am 2. Februar 2006 wurde jene von Kirkuk in Irak getroffen

und nur gerufen zur Ausbildung und im Notfall.

Die Schweiz wird nicht am Hindukusch verteidigt, weder mit vier Offizieren noch mit einem Bataillon. Auch nicht auf dem Balkan. Es ist Abschied zu nehmen von der Illusion, Terrorismus und illegale Einwanderung hätten lokalisierbare territoriale Wurzeln, die man mit Schweizer Militär ausrotten könne. Vielleicht leben die Urheber des nächsten Terroranschlages schon unter uns.

Politik und Militär haben sich an den neuen Kriegsbildern von zunehmend entstaatlichten, kommerzialisierten und asymmetrisierten Kriegen zu orientieren, an Bürgerkriegen, Antiterror-Kriegen und Massenvernichtungswaffen, an den neuen, auch konfessionellen Konflikten und Konfrontationen.

Die Entscheidungsschlacht ist abgelöst worden vom Massaker, das Panzerrollgelände von der Stadt.

Gründliche, in vielen Übungen vor Ort erworbene Kenntnis der eigenen Verwundbarkeit muss zu mehr Schutzvorbereitungen führen, zu Dezentralisierung und Redundanz, zu mehr Training des Verhaltens im Ernstfall, zu Reserven an Personal, Material, Zeit, Raum, einfachen Führungsmitteln.

Der Beurteilung der Bedrohungslage ist mehr Gewicht beizumessen. Die Unfähigkeit des VBS, Bedrohung und Schutzaufwand der Fussballveranstaltung von 2008 auch nur annähernd in der richtigen Grössenordnung zu beurteilen, hat viel Vertrauen gekostet.

Die neue strategische Doktrin muss die innere Sicherheit, die immer weniger von äusserer Sicherheit zu trennen ist, endlich als Verbundaufgabe in Kompetenz- und Verantwortungsregeln fassen und den Akteuren ihre Rolle zuweisen. Dezentralisation ist nicht nur zu beschwören, sondern zu organisieren. Die Kantone werden eine grosse Last zu tragen haben, aber sie müssen ihre Leistungsgrenzen anerkennen. Geredet ist genug, es müssen jetzt Übungen folgen und Nägel mit Köpfen eingeschlagen werden. Der Mahnruf des Vorstehers der Zürcher Direktion für Soziales und Sicherheit, Regierungsrat Ruedi Jeker unter dem Titel «Eine Armee, die diesen Namen verdient», ist unvergessen, aber ein Jahr alt (NZZ 10.5.05).

Wegweiser 3: Ein realistisches Soldatenbild

Gegen Gewalttäter braucht man keine Schosshündchen, sondern Kampfhunde. Die Fähigkeit zum Kampf ist die einzige Legitimation des Soldaten. Für alles andere gibt es besser geeignete Berufsgruppen.

Wir brauchen den *miles pugnator*, nicht den *miles protector*, Kämpfer statt bewaffnete Sozialarbeiter. Wir müssen wieder zurückfinden zu einer ehrlichen Sprache und zu ehrlichem Denken. Die Sprachverdreher hatten ihre Zeit, das Resultat hat nicht überzeugt.

Wir wollen keine Einsatz- und Interventionsarmee, sondern eine voll ausgebildete Bereitschaftsarmee. Die Armee ist verwechselt worden mit dem Überwachungsgeschwader, zum Nachteil beider.

Die Verbände sind wieder zusammen zu schweissen. Nicht Material entscheidet über den Erfolg, sondern Zusammenhalt und Vertrauen nach oben, unten, links und rechts. Und das erwirbt man nur in vielen gemeinsamen Übungen und im Einsatz selbst. Es ist jahrelange Aufbauarbeit zu leisten.

Truppenführer müssen wieder verantwortlich sein für den Ausbildungsstand ihrer Truppe. Keine Lücke darf auf einen vorgeschwindelten «Aufwuchs» abgeschoben werden. Kommandanten sind zu messen an der Bereitschaft ihres Verbandes für den Ernstfall, vom Chef der Armee bis zum Zugführer.

Es darf keinen Missbrauch mehr geben unter der Tarnbezeichnung «Unterstützung der Behörden». Soldaten unterstützen überhaupt nicht die Behörden. Sie setzen ihr Leben ein für den Schutz des Landes und seiner Bevölkerung. Gratishilfe für Anlässe, an denen andere Leute Geld verdienen, ist Missbrauch. Die Würde des Soldaten ist zu achten. Sie hängt mit seiner Todesnähe zusammen.

Der Milizsoldat ist als Bürger Souverän und Vorgesetzter von Regierung und Armeekommando. Er hat eine eigene politische Meinung, sagt sie auch und verbittet sich pseudomonarchisches Gehabe, das sich über ausländische Vorbilder einschleicht. Die zunehmende Banalisierung von Militäreinsätzen beschädigt die Armee in ihrem Kern.

Wegweiser 4: Unabhängigkeit

In der neuen Unordnung der Welt müssen wir handlungsfähig bleiben. Das können wir nur, wenn wir nicht Konsens herzustellen haben mit 25 anderen, in ganz unterschiedlichen strategischen Kulturen lebenden Partnern, und wenn wir keine als Wünsche verkleidete Weisungen von Mächtigeren zu erfüllen brauchen, wenn wir die eigenen Interessen verfolgen und nicht die Interessen anderer. Wir können nicht auf den Schutz Dritter warten, weder aus den USA noch aus Europa. Die von Vertretern des Armeekommandos wiederholt geäusserte Ansicht, wir könnten uns für vier Milliarden Franken keine eigenständige Armee mehr leisten, ist Ausdruck ungenügender Lagebeurteilung und eines eigenen Kriegsbildes, verwechselt die Situation Israels mit unserer, verstösst gegen die Bundesverfassung (BV Art. 2) und stiftet Schaden. Defaitisten gab es zu allen Zeiten. Man stellte sie ab.

Unabhängigkeit darf sowenig wie Neutralität zum Lippenbekenntnis verkommen. Mit der immer engeren Angleichung an die Nato ist Unabhängigkeit kaum mehr möglich. Wir brauchen mehr Distanz. Ein eingebetteter Schweizer Journalist mag im Flugzeug des Nato-Oberkommandierenden nach Kabul mitfliegen und von dort aus dessen Weltsicht ungefiltert verbreiten, er ist nur sich selbst, seinem Chefredaktor und der Leserschaft verantwortlich. Wenn er aber gleichzeitig auch noch Mitglied einer Kommission ist, die das VBS berät in Fragen von Auslandeinsätzen, aktuell in Afghanistan, wenn man auch noch einige Kenntnis hat von amerikanischen Druckversuchen auf andere Kleinstaaten, die mit dem Truppenangebot zögerten, dann ist doch wohl schon geboten, die Augenbrauen etwas hochzuziehen. Und vollends hellhörig wird man, wenn man dann noch den zweiten Artikel liest, der eine eigentliche Militäridylle schildert. Die Klimaanlage surrt in der Unterkunft, Mineralwasser steht à discrétion bereit, zum Frühstück gibt es Schinken mit Ei, Kartoffeln und Bohnen, Fruchtsalate, Fruchtsäfte, Cornflakes, Joghurt, Espresso, Capuccino, alles in Hülle und Fülle. Wer möchte da nicht Soldat sein in Afghanistan, und erst noch gut bezahlt? Kein Wort von den Überfällen, von neuesten Irak-Taktiken bei Anschlägen, der Frühjahrsoffensive der Taliban mit Toten und Verwundeten unter den Deutschen, Kanadiern, Amerikanern, Franzosen und Afghanen, von Kriegsfürsten, feudalen Zuständen und Drogenmafia, Mädchenhandel, Milizen, von Usbeken, Tadschiken, Turkmenen und paschtunischen Taliban, alle mit anderen Zielen als die Zentralregierung von US-Gnaden. Kein Wort vom *Great Game*, vom eigentlichen Thema, dem Erdöl. Welch fürsorglicher Parlamentarier kann da noch NEIN sagen zum kleinen Abenteuer eines Afghanistandienstes. Hat

Der mechanisierte Grenadier – Soldat der Zukunft für den Kampf im überbauten Gebiet

nicht der gleiche VBS-Berater nach einem Besuch auf dem Balkan das hohe Lied der streng ausgelesenen dänischen Blauhelme gesungen, die ihm durchwegs einen professionellen Eindruck hinterliessen, mit Stolz einen Dienst leisteten, den sie als ein Privileg betrachteten? Nach dem Versagen der Uno-Truppen beim Massenmord von Srebrenica sind wir alle klüger, oder doch nicht alle? Kurt Tucholsky schrieb 1930 die Satire «Der Reisebericht». Besser kann man solche Kurzbesuche nicht darstellen.

Die voreilige Verkündigung der Vision spezialisierter Streitkräfte aus allen europäischen Staaten, die mit verteilten Funktionen unter der Fuchtel von Xavier Solana ihre Sammelkampfkraft im «Sicherheitsraum Europa» und weltweit entfalten, ist zurückzuziehen. Es ist nicht Aufgabe des Armeekommandos, die Axt anzulegen an die Wurzeln unseres Staatsverständnisses. Hätten unsere Väter so gedacht, wären wir schon längst ein Bundesland Deutschlands.

Man hüte sich vor der **Versuchung der Abhängigkeit**. Es gibt einen Tausch von Schutz gegen Unterwerfung, man kann dabei sein an den Höfen der Mächtigen und herauswachsen aus der vermeintlichen heimatlichen Enge. Die Freude ist kurz, die Reue lang.

Wegweiser 5: Neutralität

Neutralität ist mehr als ein leicht angestaubtes Rechtsinstitut. Sie ist eine Grundhaltung. In den vielfältigen bewaffneten Konflikten der absehbaren Zukunft gehört der Staat Schweiz nicht an die Seite einer Partei oder Parteiengruppe. Wir dürfen uns nicht hineinziehen lassen, auch nicht in Rumsfelds Langen Krieg. Der neutrale Kleinstaat hat einen höheren Nutzwert als der Gefolgsmann einer rivalisierenden Mächtegruppe.

Neutralität schützt nicht vor aller Gewalt, deshalb muss sie bewaffnet sein. Aber sie schützt vor Abenteuern internationaler Illusionisten, vor eigener Kriegsbegeisterung und vor dem *me too*-Reflex.

Es gibt nicht nur die Versuchung der Abhängigkeit, es gibt auch eine **Versuchung der Unfreiheit**. Ralf Dahrendorf hat darüber geschrieben und dabei der Schweiz und der Neutralität ein kleines Kapitel gewidmet. «Neutralität als Geschenk und als Schwäche» zitiert er Jeanne Hersch. Wer die Neutralität nicht erringen musste, begeht leicht den Fehler vieler Erben, die unterschätzen, was sie ohne Anstrengung erwarben: Er hält sie für selbstverständlich und setzt sie aufs Spiel.

Wegweiser 6: Selbstverantwortung

Wer unabhängig, klein und neutral lebt, ist allein. Man liebt ihn nicht, schon gar nicht, wenn er auch noch reich ist. An Konferenztischen spielt er eine Nebenrolle. Nichts für eitle und schwache Vertreter von Staat und Armee. Wir müssen selbst für unseren Schutz sorgen. Wir brauchen eine Armee mit hohen Beständen. Was muss sie können? Das Unerwartete meistern, das nie Dagewesene, das Überraschende. Dafür gibt es eine eigene Führungstechnik, die man nicht abschreiben kann aus US-Reglementen. Die erste Frage *«de quoi s'agit-il?»* tritt wieder in ihr Recht. Auf der taktischen Stufe geht es immer um dosiertes Töten und Zerstören, auf operativer Stufe um Beweglichkeit, Flexibilität, und auf

der strategischen Stufe um Abhalten, Verhindern, Erzwingen inmitten der eigenen Bevölkerung. Und die zivilen Verantwortungsträger vor Ort müssen wissen, was sie von der Armee erwarten können. Die Miliz kennt den Vorteil von zahlreichen ehemaligen Angehörigen der Armee in verantwortungsvollen Positionen in den Kantonen und Städten. Die Zusammenarbeit ist ganz anders als bei Einsätzen der Amerikaner in Bagdad und Kabul. Ungewohnt ist der Nachrichtendienst der Truppe. Es sind nicht feindliche Panzer und Truppen zu lokalisieren, sondern Menschen inmitten von Menschen.

Die neue Art von Kampf in Städten, der sich vielfältig unterscheidet vom Orts- und Häuserkampf des Kalten Krieges, braucht **mechanisierte Grenadiere**. Der Füsilier kennt eine andere Taktik und Gefechtstechnik als der Grenadier. Eine Armee mit ausgesprochenem Grenadierschwergewicht, entsprechender Ausbildung, Ausrüstung und Unterstützungswaffen wäre den Anforderungen von heute am besten angepasst. Eine solche Neuorientierung wäre, ohne Unruhe und Beschleunigung zu verursachen, geeignet, die Sinnkrise zu stoppen. Die in Übungen sichtbare Truppe würde das ausstrahlen, was die heutige Armee nicht mehr kann: Der Bevölkerung, auch der Wirtschaft, ein Signal von möglichem militärischem Schutz zu geben, ganz zu schweigen vom Signal an potentielle Missetäter. Die Zeit eilt. Es sind nicht mehr viele Offiziere eingeteilt in der Armee, die über praktische Erfahrung im Leiten solcher Übungen verfügen. Und die Stadtbewohner, die aus Manöver-Erfahrungen wissen, wie man mit Militär umgeht, das in der Umgebung den Ernstfall übt, werden rar und rarer.

Schlussbemerkung

Nicht auf den taktischen, auch nicht auf den operativen Erfolg kommt es an, sondern darauf, die strategischen Ziele zu erreichen.

Das französische Weissbuch über die innere Sicherheit hat die nachfolgenden Krawalle nicht verhindert. QDR und NSS 2006 verhindern keine Anschläge. Was zählt, sind nicht gelehrte Papiere, sondern das richtige Verhalten auf allen Stufen und zu jeder Zeit. Es zählen die Soldaten, die Kommandanten und Stäbe, die politischen Chefs, alle ausgerichtet auf gemeinsame strategische Ziele. Aber der Souverän will wissen und mitentscheiden, in welchem Rahmen und mit welchen Zielen diese Instanzen handeln. Er will ihnen Zügel und Kandare anlegen. Er verabscheut den *mission creep*, das schleichende Wuchern und Ausdehnen von Verwaltungen und internationalen Organisationen. Die Finanzhoheit des Parlamentes ist ein guter Zaun, aber nicht gut genug. Eine formulierte strategische Doktrin zwingt die Verantwortlichen aller Stufen, im vorgegebenen Rahmen zu bleiben. Die Jahre seit der Ära Ogi sind gekennzeichnet durch wachsenden Vertrauensverlust. Schritt für Schritt (das waren die Worte von Bundesrat Ogi) ging man auf eine Einbindung der Schweiz in fremde, mächtige Institutionen zu. Fremde Inspektoren wurden ins Land gerufen (PfP, PARP), die Unterwürfigkeit nahm grössere Ausmasse an. Man liess zu, dass sich Kollaborationseliten heranbildeten, die in bestem Glauben, im Sinne der politischen Führung zu handeln, enge Beziehungen ins Ausland knüpften. Sprache und Doktrinen wurden übernommen. Die Zahl der Bundesbeamten, die mit der Nato arbeiten, vermehrte sich. Die Mehrheit des Volkes wurde nicht mitgenommen. Die strategische Entwicklung der letzten drei Jahre zeigt jedem Interessierten, dass der Weg in die Irre führt.

Eine strategische Doktrin, umfassend, gründlich, nüchtern, realistisch, unabhängig von Alibi-Kommissionen und Druck aus Washington und Brüssel, ist notwendig, wenn dieses Land die Geschlossenheit nicht verlieren will. Die Milizarmee darf nicht zum Spielball einer herrschenden Klasse und von Mode-Ideologien werden. Wir brauchen nicht ein Staatspapier mehr in der Schublade, sondern Ziele, Pflöcke und Grenzziehungen für Funktionäre. Ihr Widerstand ist verständlich. Niemand wünscht sich Einengung der Bewegungsfreiheit. Dieser Widerstand ist zu brechen. Aber es ist auch dafür zu sorgen, dass die Verantwortungsträger den nötigen Spielraum behalten. Die Verfassung darf nicht nach Manier von Winkeladvokaten ausgelegt werden. Unabhängigkeit und Neutralität sind so zu umschreiben in der Doktrin, dass sie von allen verstanden werden. Es ist deutlich zu machen, dass Freiheit und Unabhängigkeit auch auf andere Weise verspielt werden können als auf dem Schlachtfeld.

Eine strategische Doktrin ist nötig, weil die **Begriffe** in den letzten Jahren zerfallen sind. Wir reden aneinander vorbei. Jeder denkt etwas anderes, wenn er Worte hört wie Krieg, Frieden, Landesverteidigung, asymmetrische Kampfführung, neue Kriege, Kooperation. Sicherheit bezeichnet im internationalen Diskurs längst nicht mehr Sicherheit eines Staates vor dem Angriff anderer Staaten, sondern «menschliche Sicherheit», Sicherheit von Gruppen und Individuen vor dem Staat, weltweiten Schutz der Menschenrechte und Sicherheit im Alltagsleben. Der erweiterte Sicherheitsbegriff ist ein Instrument zur Aushöhlung der staatlichen Souveränität geworden. Kein Wunder, dass Xavier Solana hier gerne mit dabei ist. Das strategische Begriffsgebäude steht auch auf rutschendem Hang. Mit gründlicher Kenntnis der neueren Lehre ist Ordnung zu bringen in die Sprache. Definitionen lösen keine Probleme, aber sie ermöglichen die Verständigung. Asymmetrische Kriegführung meint heute weit mehr als nur Kampf von Schwachen gegen Starke. Wir können nicht Begriffe aus aller Herren Länder verwenden, wir müssen uns einigen, zum Beispiel auf die Arbeiten des derzeit führenden Kriegstheoreti-

kers, Herfried Münkler. Er wird in allen politischen Lagern anerkannt.

Eine neu formulierte strategische Doktrin gibt den militärischen Kadern und den Ausbildern auf der strategischen, zivil-militärischen Stufe die Freiheit und Rückendeckung für selbständiges Handeln. Das wachsende Misstrauen, die Zweifel an der Kompetenz, die Leerläufe der Debatten bei Waffenkäufen hätten ein Ende. Weil der Hang rutscht, ist eine solche Doktrin periodisch oder aus konkretem Anlass zu überprüfen. Es stünde dem Parlament gut an, diese Forderung über die bereits existierenden Instrumente hinaus zu institutionalisieren.

Der Beschleunigungsfalle entkommen wir, wenn wir dort, wo Beharrung nötig ist, für Ruhe sorgen, in menschlichen Belangen. Auflösung von Verbänden, Umteilungen, neue Grad- und Funktionsbezeichnungen, Abzeichen und Pseudoorden, die Flut neuer Abkürzungen und Signaturen sowie Laufbahnunsicherheiten sind zu beenden. Merkt eigentlich niemand, wie lächerlich diese Betriebsamkeit wirkt, und dass Lächerlichkeit in diesem Metier tötet? Der Blick für das Wesentliche ist verloren gegangen. Aussen- und sicherheitspolitische Kapriolen, öffentliche Diplomatie mit Versuchsballonen auf der koreanischen Demarkationslinie, im Nahen Osten, misslungene Initiativen, das vorschnelle Eigenlob für den neuen Uno-Menschenrechtsrat, bevor überhaupt abzusehen ist, ob er jemals sichtbare Erfolge haben wird, das alles ist Beschleunigung im schlechten Sinne. Aktivismus ist falsch, heute noch falscher als früher.

Selbstbewusste Bescheidenheit ist jetzt gefragt. Auf den überwältigenden, unblutigen Sieg der freien Welt über den Sowjetkommunismus im Jahre 1989 folgte eine Periode des Überschwangs. Die ganze Welt sollte frei und demokratisch werden. Die amerikanische Strategie idealistischer Intervention wurde gleich drei Testläufen unterzogen: auf dem Balkan noch unter Präsident Clinton und nach den Erschütterungen von 2001 in Afghanistan und im Irak unter Präsident Bush. Viele Schweizer wollten beim Aufbruch zu neuen Ufern auch dabei sein. Öffnen, Kooperieren, die Geschichte nicht versäumen waren die Schlagworte. Das Resultat ist ernüchternd. Seit jeher werden Politiker ohne Fortune gestürzt, nicht mehr gewählt oder gar umgebracht. Die interventionistische, idealistische, optimistische Strategie der letzten fünfzehn Jahre geht jetzt über in eine zurückhaltendere, realistischere, eher pessimistische, in eine Nach-Irak-Strategie.

«Nichts im Übermass» meisselten die alten Griechen in die Wände des Apollon-Tempels in Delphi. Auch die Schweiz sollte zurückkehren zu Mass und Bescheidenheit. Der Kleinstaat ist nicht berufen, in aller Welt für Ordnung zu sorgen. Er braucht keine *me-too*-Armee. Wer in der ganzen Welt mitmischen will, braucht ganz andere Mittel, zum Beispiel einen entsprechenden Nachrichtendienst. Wenn selbst die mächtigen USA mit 20'000 CIA-Mitarbeitern und deren Milliardenbudget nachrichtendienstlich versagen, wo reichen denn unsere Mittel hin? Der Kleinstaat soll sich auf seine Grundaufgaben besinnen und diese vorbildlich lösen. Militärs könnten etwas stiller werden und sich wieder mehr nach den Erfolgsformeln richten:

- Mehr sein als scheinen.
- Jedes Wort eine Fehlerquelle.

Man könnte auf einige Hochglanzbroschüren verzichten und mehr Kampfkraft schaffen. Bescheidenheit meint nicht fehlende Weltsicht. Mit wacher Aufmerksamkeit müssen wir verfolgen, was in der Welt geschieht und reagieren.

Neue Reformen sind mit grösstmöglicher Langsamkeit und in kleinstmöglichen Schritten durchzuführen. Die als Epochenereignis angepriesene Reform XXI hat Scherben und Wunden hinterlassen. Es gibt einiges zu flikken und heilen, bevor wieder *power-point*-Denker ans Werk gehen können. Ohne eine strategische Doktrin, die der geopolitischen Wende nach dem Irak-Krieg Rechnung trägt, befreien wir uns nicht aus der Beschleunigungsfalle. Hüten wir uns vor den **Versuchungen der Unfreiheit und der Abhängigkeit**. Deshalb muss die Bescheidenheit selbstbewusst sein.

Die Schweiz ist ein Land, das die Wirren des letzten Jahrhunderts mit politischem Geschick

und Erfolg überstanden hat, Miesmacher und Geschichtsverdreher irren sich. Die Generation, die jetzt zu handeln hat, hat andere Probleme zu lösen als die Vorgänger. Sie wird von den Nachfolgern am Resultat gemessen, nicht an den Aktivitäten. Freiheit und Unabhängigkeit sind auf andere Weise gefährdet als im 20. Jahrhundert. Neue Kriege, neue Gewaltformen, neue Waffen, neue Machtansprüche drohen. Der Reduktion oder Abschaffung der Armeen folgt nicht Friede, sondern ein Machtvakuum, das sich rasch auffüllt.

Literaturhinweise

- Herfried Münkler: Vom Krieg zum Terror. Das Ende des klassischen Krieges. Zürich 2006. Unentgeltlich zu beziehen bei der Herausgeberin, der Vontobel-Stiftung, Postfach, 8022 Zürich
- General Sir Rupert Smith: The Utility of Force. The Art of War in the Modern World. Penguin / Allen Lane, London 2006
- Hartmut Rosa: Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne. suhrkamp taschenbuch wissenschaft stw 1760, 2005
- Ilma Rakusa: Langsamer ! Gegen Atemlosigkeit, Akzeleration und andere Zumutungen. Literaturverlag Droschl, Wien, 4. Aufl. 2006
- Michael White: The Fruits of War. How Military Conflict Accelerates Technology. Simon Schuster, London, New York etc. 2005
- Ralf Dahrendorf: Versuchungen der Unfreiheit. Die Intellektuellen in Zeiten der Prüfung. Beck, München 2006
- Mary Kaldor and Andrew Salmon: Military Force and European Strategy. SURVIVAL, The IISS Quarterly, Spring 2006, S. 20 ff.
- Stephen Biddle: Seeing Baghdad, Thinking Saigon. FOREIGN AFFAIRS March/April 2006, S. 2 ff.
- Tony Com: Der Vierte Weltkrieg. Zur chronopolitischen Dimension der Staatskunst. MERKUR, Nr. 684, April 2006, S. 285 ff.
- Hans Magnus Enzensberger: Schreckens Männer. Versuch über den radikalen Verlierer. Sonderdruck. Edition Suhrkamp 2006.
- Michael R. Gordon and General Bernard E. Trainor: Cobra II. The Inside Story of the Invasion and Occupation of Irak. Random House, New York 2006.
- Lawrence Freedman: Transformation of Strategic Affairs. Adelphi Paper 379, International Institute for Strategic Studies, London 2006.
- Rolf Uessler: Krieg als Dienstleistung. Private Militärfirmen zerstören die Demokratie. Ch. Links Verlag, Berlin 2006.
- Thomas Isler: Freilichttheater für die US-Armee. NZZ am Sonntag, 23. April 2006.

Fotos: Keystone